

Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 7

Einheits-Connings. Bezugspreis vierteljährlich 1,50 M., ohne Postgebühren. Nur Postbezug. Bestellung bei allen Postämtern. Geschäftsstelle Berlin S. 59, Urbanstr. 63 I. Fernruf: Moritzpl. 6623.

Berlin, den 13. Februar 1921

Anzeigenpreis: Die 6 gespaltene Kolonnenzeile 3 Mark; für Verbandsmitglieder 2 Mark; Stellenangebote 2 Mark; Veranlagungsanzeigen usw. 1 Mark. Der Anzeigenpreis ist vorher zu entrichten.

37. Jahrgang

Am 20. Februar: Wahltag in Preußen!

Es gilt, die Mehrheit der Arbeiterparteien zu sichern! Kein Wähler, keine Wählerin fehle!

Wer für praktische Durchsetzung der Arbeiterforderung sich erklären will, gibt seine Stimme einer der sozialdemokratischen Parteien!

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Die **Cotafbeiträge** sind in folgenden Orten neu geregelt und in der neuen Höhe von uns genehmigt worden. Sie betragen nunmehr nördentlich in

	Männl. Mitgl.	Weibl. Mitgl.
Düren	50 Pf.	40 Pf.
Seifhemsdorf	30 "	30 "
Weimar	40 "	20 "
	Beitragsklasse	
	4. und 5.	2. u. 3.
Verband	30 Pf.	20 Pf.

2. Bei **Anträgen auf Genehmigung von Cotafbeiträgen** bitten wir zu beachten, daß nach den Bestimmungen auf Seite 67 des Handbuchs für die Bevollmächtigten Angaben darüber erforderlich sind, wie viele Mitglieder in der beschließenden Versammlung anwesend waren und wie das Abstimmungsverhältnis war. Da derartige Angaben in der letzten Zeit mehrfach veräußert wurden, erinnern wir daran.

3. **Fragebogen betr. Gefängnisarbeit** stehen von einigen Jahrestellen noch aus. Falls darunter noch Orte sind, in denen Strafanstaltsarbeit in Frage kommt, bitten wir um umgehende Einsendung des Fragebogens, um möglichst vollständiges Material darüber zu haben.
Der Verbandsvorstand.

Verbindlichkeitserklärung des Kartonnagertarifs.

Dem Antrage der Tarifkontrahenten, den Reichstarif für die Kartonnagenbranche für allgemein verbindlich zu erklären, hat das Reichsarbeitsministerium nunmehr stattgegeben. Unter dem 28. Januar ist unserm Verbandsvorstand folgendes Schreiben zugegangen:

„Der zwischen dem Verband der Etuisfabrikanten Deutschlands, dem Zentralverband deutscher Kartonnagenfabrikanten, dem Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter Deutschlands und dem Graphischen Zentralverband am 14. April 1920 abgeschlossene Reichstarifvertrag nebst den Nachträgen I und II vom 26. Juni 1920 und 26. August 1920 wird zur Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen für die in der Etuis- und Kartonnagenindustrie beschäftigten gewerblichen Arbeitnehmer für das Gebiet des Deutschen Reiches gemäß § 2 der Verordnung vom 23. Dezember 1918 (Reichs-Gesetzbl. S. 1456) für allgemein verbindlich erklärt. Die allgemeine Verbindlichkeit beginnt mit dem 15. Oktober 1920. Sie erstreckt sich nicht auf die Faltischachtelindustrie.“

Der Reichsarbeitsminister.

Im Auftrage: Sigler.“

Die Verbindlichkeitserklärung hat nunmehr zur Folge, daß dem Tarifvertrag die Bedeutung eines Gesetzes, und zwar eines zwingenden,

zukommt. Es haben somit alle Kartonnagenarbeiter und -arbeiterinnen, die bisher die tariflichen Löhne noch nicht erhalten haben, ein klagbares Recht auf diese Sätze ab 15. Oktober. Nur der Nachtrag vom 12. November, dessen Verbindlichkeitserklärung Mitte Dezember beantragt wurde, ist einstweilen noch nicht für verbindlich erklärt, doch darf auch diese ohne Zweifel bald erwartet werden. An unseren Kollegen und Kolleginnen wird es nunmehr liegen, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um sobald als möglich die für verbindlich erklärten Lohnsätze zu erhalten.

Desgleichen ist der Tarifvertrag für die Zigarettenindustrie unter dem gleichen Datum für allgemein verbindlich erklärt worden, für den somit das Vorhergesagte gleichfalls gilt.

Reichstarifabschluß mit dem Deutschen Buchdruckerverein.

Als im Herbst 1919 in Verfolg des Würzburger Verbandstagsbeschlusses unser Tarifausschuß mit den in unserem Gewerbe in Betracht kommenden Arbeitgeberorganisationen in Reichstarifverhandlungen eintrat, befand sich unter den Vertretern der Arbeitgeber auch ein Vertreter des Deutschen Buchdruckervereins. Es konnte deshalb sehr wohl angenommen werden, daß bei einem Zustandekommen des Reichstarifs auch der Deutsche Buchdruckerverein Vertragskontrahent sein würde. Dem war nun leider nicht so, denn als der erste Abschluß im Januar 1920 getätigt wurde, blieb als einziger Vertragskontrahent der Verband Deutscher Buchbindereibestiger übrig. Der Deutsche Buchdruckerverein erklärte, daß es in Rücksicht auf die im Buchdruckgewerbe ganz anders gelagerten Verhältnisse notwendig sei, daß eine besondere, aus Vertretern der beiderseitigen Organisationen gebildete Kommission weitere Verhandlungen führen müsse, wenn der D.B.V. sich dem Reichstarif anschließen sollte. Einem solchen Verlangen glaubten wir uns nicht entziehen zu können, und deshalb fanden bald danach zwischen unseren Vertretern und dem D.B.V. Kommissionsverhandlungen statt. Aber auch diese führten zu keinem Ergebnis. Man einigte sich vielmehr dahin, daß bei den im April in Weimar stattfindenden Reichstarifverhandlungen mit den Api-Verbänden die Kommission des D.B.V. mitwirken solle. Als nun am 19. April in Weimar aus breiterer Grundlage als wie im Januar der Reichstarif unterzeichnet wurde, befand sich unter den Unterzeichnern, allerdings vorbehaltlich der Zustimmung der Generalversammlung der Arbeitgeber, auch der D.B.V. Die Generalversammlung des D.B.V. desavouierte jedoch ihre Vertreter. Die Anerkennung der Weimarer Beschlüsse wurde damit zurückgezogen und neue Verhandlungen mit uns gefordert, die dann endgültig am 2. September wiederum resultatlos beendet werden mußten.

Unsere Gau- und Ortsleitungen haben sich nunmehr genötigt, in örtliche Verhandlungen und Vereinbarungen mit den Angehörigen des D.B.V. die Lohn- und Arbeitsverhältnisse unserer in Buchdruckereien beschäftigten Mitglieder wahrzunehmen. In einer nicht unerheblichen Zahl von Orten sind wir denn auch auf diesem Wege, allerdings immer im Rahmen des Buchdruckerarifs, zu unserem Rechte gekommen. Zugegeben muß jedoch werden, daß in einer erheblichen Zahl mittlerer und namentlich der kleineren Orte bis in die letzten Tage hinein unsere Mitglieder nicht unwesentlich zurückstanden gegenüber den Löhnen des Buchbinderarifs.

Das fortgesetzte Drängen unserer Ortsgruppen im Reiche hat nun wohl den Vorstand des D.B.V. veranlaßt, erneut unserer Zentralkommission des Angebot zu machen, in zentrale Reichstarifverhandlungen einzutreten. Auf Grund einer Einladung von Arbeitgeberseite hat unsere Verhandlungskommission des Tarifausschusses in den Tagen des 2. bis 4. Februar abermals in Leipzig mit Vertretern des D.B.V. zusammengeessen. Schon in den ersten Verhandlungsstunden hatten wir den Eindruck, daß es auch diesmal zu keinem Abschluß kommen würde. Die Arbeitgeber kamen wiederum, wie schon in den vorausgegangenen Verhandlungen, mit dem Verlangen, daß Löhne vereinbart werden sollten, die weit unter dem jetzigen Buchdruckerlohn standen. Ihr erster Vorschlag war: In Orten mit 15 Proz. Zuschlag und darüber, entsprechend dem Buchdruckerarifs, sollen die Löhne 10 Proz. unter dem Buchdruckerlohn bleiben. In Orten von 7½ Proz. bis 15 Proz. Zuschlag sollten es 15 Proz. und in Orten von 0 Proz. bis 7½ Proz. Zuschlag sollten es 20 Proz. unter dem Buchdruckerlohn sein. Die Arbeiterinnen sollten 50 Proz. von dem so zustandekommenden Buchbinderlohn erhalten.

Wir haben auf dieses Angebot erklärt, daß auf solcher Grundlage Verhandlungen überhaupt nicht geführt werden könnten, angesichts des Umfandes, daß nach dem Buchbinderarifs in einer ganzen Reihe von Orten höhere Lohnsätze bestehen, als wie solche im Buchdruckerarifs vorgesehen sind. Wir haben den Arbeitgebern unter anderem weiter entgegengehalten, daß in einer großen Zahl von Städten unsere Kollegen den gleichen Lohn erhalten wie die Buchdrucker, und daß schon deshalb ein solches Angebot einfach ein Unding sei. Wir unterbreiteten daraufhin den Arbeitgebern eine eigene Vorlage, die aber von den Arbeitgebern ebenso abgelehnt wurde. Nach drei Tagen langen unendlich mühevollen Verhandlungen kam dann ein Vertrag zustande, den wir nachstehend zum Ausdruck bringen. Ueber die Einzelheiten der Verhandlungen und den Vertrag selbst behalten wir uns vor, in einem besonderen Artikel darauf zurückzukommen.

28.

Zusatzvertrag zum Reichstarif für das deutsche Buchbinder-gewerbe...

I. Gütigkeit.

Dieser Zusatzvertrag gilt nur für die in Buchdruckerereien beschäftigten Buchbinder...

II. Arbeitszeit.

Die regelmäßige Arbeitszeit beträgt wöchentlich 48 Stunden. Die Arbeitsstunden fallen bei durchgehender Arbeitszeit...

III. Zeitlohn.

Den Buchbindern und Buchbindereiarbeiterinnen werden in den Buchdruckerereien folgende Stunden-Löhne bezahlt:

Table with columns for age groups (I-VI) and rows for different worker categories (a-f) and their respective wages.

2. Verheiratete Gehilfen

Table with columns for age groups (I-VI) and rows for different worker categories (c-f) and their respective wages.

3. Arbeiterinnen

Table with columns for age groups (I-VI) and rows for different worker categories (a-c) and their respective wages.

IV. Ortsklassen.

Das Ortsklassenverhältnis des Reichstarifs für das deutsche Buchbinder-gewerbe hat Gütigkeit.

V. Uebergangsbestimmungen.

Für Orte der Klassen IV-VI, in denen zwischen den bisherigen Löhnen und den Reichstariflöhnen eine Spannung von mindestens 15 Mk. bei den männlichen...

VI. Akkordlohn.

Für alle Arbeiten, die im Akkord hergestellt werden, gelten die im Akkordtarif aufgestellten Akkord-Löhne.

Wenn die Verhältnisse es rechtfertigen, können für Orte in den Tarifklassen III bis VI auf Antrag Ab-

schläge von den Akkordlöhnen durch das Tarifamt festgesetzt werden.

Solche Arbeiten, die besonders schwierig zu behandeln sind, werden nach Vereinbarung höher bezahlt.

Aufträge im Akkord müssen die Lohnsumme von mindestens 10 Mk. erreichen. Gleichartige Aufträge dürfen zusammengelegt werden...

Zusammengehörige Arbeiten sind in der Regel von ein und derselben Person herzustellen.

Der Uebergang von Stück- zur Stundenarbeit ist dann unzulässig, wenn damit für den Arbeiter oder die Arbeiterin günstige Akkordpositionen umgangen werden sollen.

In solchen Fällen, in denen durch die Betriebsverhältnisse das Heranziehen und Wegtragen der Arbeit zum oder vom Arbeitsplatz ein erschwerendes ist...

Die Beschäftigung von Lehrlingen im Akkordlohn ist unzulässig.

Der Uebergang von Stück- zur Stundenarbeit ist dann unzulässig, wenn damit für den Arbeiter oder die Arbeiterin günstige Akkordpositionen umgangen werden sollen.

Die Beschäftigung von Lehrlingen im Akkordlohn ist unzulässig. Der Uebergang von Stück- zur Stundenarbeit ist dann unzulässig, wenn damit für den Arbeiter oder die Arbeiterin günstige Akkordpositionen umgangen werden sollen.

VII. Nacharbeit.

Eine Arbeitszeit, die außerhalb der in Ziffer II festgelegten Zeitspanne liegt, also vor 7 Uhr morgens beginnt oder über 6 Uhr abends 7 Uhr abends hinausgeht, wird wie folgt besonders entschädigt:

Die Stunden von 6-9 Uhr abends sind mit 10 Prozent, von 9-11 Uhr nachts mit 15 Prozent, von 11 Uhr nachts bis 4 Uhr morgens mit 20 Prozent, von 4-6 Uhr morgens mit 25 Prozent...

In Berlin und Hamburg sind die Stunden von 6-9 Uhr abends mit 10 Prozent, von 9 Uhr abends bis 11 Uhr nachts mit 20 Prozent, von 11 Uhr nachts bis 4 Uhr morgens mit 25 Prozent...

Die ausnahmsweise, also nicht regelmäßig geleistete Nacharbeit wird mit 83 1/2 Prozent Zuschlag auf den Stundenlohn bezahlt, gleichviel, wie lange sie dauert.

VIII. Ueberstunden (zu Ziffer 30).

Findet das Nachholen von Arbeitszeit, die am Tage durch besondere Umstände (höhere Gewalt) nicht geleistet werden konnte, in der Nachtzeit statt, oder muß die Verlegung der Tagesstunden aus den gleichen Gründen in die Nachtzeit erfolgen...

IX. Ferien.

Zu gewähren sind allen Arbeitern und Arbeiterinnen nach ununterbrochener neunmonatiger Beschäftigungsdauer im gleichen Betriebe 5 Arbeitstage für männliche und 4 Arbeitstage für weibliche Arbeiter...

X. Gütigkeitsdauer.

Dieser Zusatzvertrag tritt mit dem 1. Februar 1921 in Kraft und gilt bis zum 30. Juni 1921. Das Lohnabkommen ist erstmalig mit vierwöchiger Frist zum 30. April kündbar.

Schlussbestimmungen.

Ueber die Höhe der Bezahlung der sogenannten Industrie- und Befehlszulagen finden Kreisweife Verhandlungen zwischen den beteiligten Organisationen bis spätestens zum 15. März 1921 statt.

In den einzelnen Orten und Bezirken für die Arbeitnehmer bereits bestehende günstigere Verhältnisse sollen durch den Reichstarif nicht aufgehoben werden.

Die im Reichstarif für das deutsche Buchbinder-gewerbe vorgesehenen Schiedsstellen finden sinngemäß Anwendung.

Leipzig, den 4. Februar 1921.

Deutscher Buchdrucker-Verein Berthold Sturm.

Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter Deutschlands Hauelsen. Graphischer Zentralverband Hornbach.

Protokoll über die Verhandlungen wegen Vorschusses eines Reichstarifs für die Buchdruckerbuchbinder am Mittwoch, den 2., bis Freitag, den 4. Februar 1921, im Buchgewerbehause zu Leipzig.

Zu Protokoll ist erklärt worden, daß bezüglich der Orte Berlin und Hamburg die dort bestehenden Lohnabmachungen durch den abgeschlossenen Tarifvertrag nicht berührt werden sollen...

Für den Fall, daß während der Dauer dieses Vertrages im Buchdrucker-gewerbe neue Lohnverträge vereinbart werden, erklären sich die Vertragsparteien bereit, ihrerseits in Verhandlungen einzutreten.

Leipzig, den 4. Februar 1921.

Deutscher Buchdrucker-Verein Berthold Sturm.

Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter Deutschlands Hauelsen. Graphischer Zentralverband Hornbach.

Wir Frauen und die Wahlen.

Am 20. Februar werden wir Frauen wiederum an die Wahlurne gerufen, um über das Wohl und Wehe Preußens mit zu entscheiden.

Die große wirtschaftliche Not hat unsere Frauen unheimlich gemacht. Bei einem großen Teil der Frauen, und gerade bei denen, die sich vor der Revolution nicht um die öffentlichen Angelegenheiten kümmerten, ist gedanklos in den Tag hineinstecken, bildete sich die Ansicht, daß nun nach der Umwälzung eine bessere und schönere Welt mit einem Schlag entstehen müßte und seine politische Tätigkeit mehr notwendig sei.

Wir Frauen sind doppelt vom Schlaf geschlagen, wir sind doppelt unterdrückt und müssen erst recht von unserm Wahlrecht Gebrauch machen. Dieses Recht verhilft uns dazu, überall im öffentlichen Leben, in der Gemeinde sowohl wie im Staat und im Reich unsern Einfluß geltend zu machen.

zunehmendem, wenn auch noch nicht ausreichendem Maße mit tätig. Der Einfluß, den die Frauen in den Parlamenten ausgeübt haben, hat sich erfreulicherweise da geltend gemacht, wo über Frauenfragen zu entscheiden war. Wenn auch noch vieles zu tun übrig bleibt, vieles noch sehr verbesserungsbedürftig ist, so sind doch für die Frauen immerhin beachtenswerte Erfolge erzielt worden, die sich auch in Schul- und Erziehungsfragen, Mutter- und Säuglingsfürsorge durchgesetzt haben. Doch eine Fülle von Arbeit harret noch der Erledigung, die Wohnungsfrage, die Volksgesundheit, die Jugendpflege, die Witwen- und Waisenfürsorge, die Kriegshinterbliebenenfürsorge, sind Gebiete, auf denen Frauen auf Grund ihrer Veranlagung für das Wohl des Volkes Erprobliches leisten können.

Die Frauen haben es am kommenden Wahltage in der Hand, die durch die Revolution geschaffenen Rechte nicht nur zu halten, sondern weiter auszubauen, wenn sie vollzählig an der Wahlurne erscheinen und ihre Stimme jener Partei geben, die ständig den Kampf um die Gleichberechtigung der Frau geführt hat und für die sozialen Forderungen, die die Frau aus ihrer ganzen Veranlagung und Natur heraus aufstellen muß, das größte Verständnis besitzt. Die Tage vor der Wahl müssen deshalb von den Frauen ausgenutzt werden. Rüttelt die Säumnigen auf, schafft alle mit an dem großen Werk, damit am Tage der Wahl die Listen der sozialdemokratischen Parteien Regen.
Clara Z.

Gegen die Arbeitslosigkeit.

II.

Unteruchen wir in Kürze, welches die „Heilmittel“ sind, die von der kapitalistischen Gesellschaft zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit oder zur Linderung der durch sie hervorgerufenen Nöte angewendet werden? Solche Mittel sind überall vorhanden; dort, wo der Einfluß der Arbeiterschaft bedeutend ist, sind sie allerdings kräftiger und wirksamer. Welchen Wert und welche Bedeutung haben aber diese Heilmittel, die übrigens auch als Abwehrmaßnahmen gegen die sozialen Ausbrüche der Arbeitslosen zu betrachten sind, also gewissermaßen als Versicherungsprämie zur Verhütung von Revolutionen und anderen Arten gewaltsamer Eingriffe. Wir wollen diese Mittel, die in der Regel nicht einzeln, sondern in vielfachen Kombinationen gleichzeitig zur Anwendung kommen, kurz aufzählen:

1. Einfache Unterstützung durch Spenden des Staates und der Kommunen, so in Frankreich und in Spanien. Diese haben eine sehr geringe Bedeutung, sie sind nicht regelmäßig und unterscheiden sich wenig von Almosen, die den Armen durch öffentliche Unterstützungen zugewiesen werden. Dabei sind diese Gaben in der Regel so geringfügig, daß sie für eine länger andauernde Krise belanglos sind.

2. Verkürzung der Arbeitszeit. Dies ist in erster Linie ein Symptom der Arbeitslosigkeit infolge der Einschränkung der Produktion; so arbeiten jetzt die englischen Arbeiter in der Baumwollindustrie, welche amerikanische Baumwolle verarbeitet, wöchentlich nur 24 Stunden, während die, welche ihre Fabrikate aus ägyptischer Baumwolle herstellen, wöchentlich 35 Stunden im Betriebe sind. Die Verkürzung der Arbeitszeit kann aber zugleich den Zweck haben, daß die Arbeiter nicht entlassen und daß unter Umständen Arbeitslose angestellt werden. Da aber die Arbeiter in diesem Falle nur den auf die Arbeitsstunden entfallenden Teil des Lohnes empfangen, sind sie in ihrem Lebensunterhalt sehr verkürzt, insbesondere wenn ein Teil des Fehlbetrages nicht durch Verbesserung oder Staatsunterstützung ergänzt wird.

3. Stellenermittlung. In der Anarchie der kapitalistischen Produktionsweise mag es oft vorkommen, daß Arbeitsgelegenheiten vorhanden sind, nur daß sie den Arbeitslosen wegen Mangeln des Stellenermittlungsdienstes nicht rasch erreichbar sind. Diese Anstalten — welche in den Industrieländern überall ausgebildet sind — können gute Dienste leisten, besonders wenn sie sich nicht in den Händen der staatlichen Bureaucratie befinden, sondern unter Leitung der Arbeiterorganisationen stehen. Bei einer allgemeinen Krise versagen sie jedoch, weil die Arbeitsgelegenheiten fehlen.

4. Umstellung der Produktion. Die Arbeiter sollten demnach aus Wirtschaftszweigen, welche unter Arbeitslosigkeit leiden, in andere übergeführt werden, für deren Produkte eine Nachfrage besteht. Eine solche Umstellung z. B. von der Bugusindustrie zur Herstellung lebensnotwendiger Produkte braucht viel Zeit. Dabei kann die Erwerbung besonderer Fertigkeiten für diese andere Industrie seitens der Arbeiter nur langsam vor sich gehen, sie mag auch unter Umständen sehr unwirtschaftlich sein. In Fällen, wo die Krise voraussichtlich nur eine vorübergehende ist, sind die Arbeiter der Gefahr ausgesetzt, ihre langgeübten Fähigkeiten zu verlieren. Zu neuen Unternehmungen wird ferner flüssiges Kapital gebraucht, welches nicht leicht aufzubringen ist. Die Profitgier der Rentner usw. wird diese ihre Kapitalien lieber in gewinnbringende koloniale Unternehmungen leiten, als im Inlande neue Unternehmungen zu gründen, welche dem inländischen Arbeiter das Brot sichern.

5. Der Staat erteilt Aufträge an die durch die Krise heimgesuchte Industrie, damit sie weiter arbeiten und ihre Arbeiter beschäftigen könne. So hat der italienische Staat gelegentlich der gegenwärtigen Krise an die Metallindustriellen große Aufträge erteilt zu Preisen, welche den Weltmarktpreis hoch übersteigen. Dadurch entsteht aber der doppelte Unfug, daß die Unternehmer — unter dem Titel der Arbeitslosigkeit — große Gewinne einheimen, wofür das Volk aufzukommen hat.

6. Öffentliche Arbeiten, erteilt durch den Staat und die Kommunen. Diesen Ausweg hat die englische Regierung bei der jetzigen Arbeitslosigkeit gewählt, um einigen hunderttausend Arbeitslosen, zumeist kriegsentlassenen Soldaten, Arbeit zu geben. Es werden Wege, Kanäle usw. in Arbeit genommen. Dieses Vorgehen ist aber auch schwerfällig. Gelernte Arbeiter müssen sich mit anderweitiger — ungelernter — Arbeit befähigen, wobei sie ihre Fähigkeiten in ihrem eigenen Fach einbüßen können. Es ist weiter sehr schwer, die bei öffentlichen Arbeiten angestellten Arbeiter unterzubringen, besonders weil die Buntätigkeit seit dem Kriege überall aufgehört hat.

7. Genossenschaften der Arbeitslosen. Der Staat fördert durch Kredite und andere Begünstigungen die Gründung von Produktgenossenschaften, welche die Arbeitslosen verwalten und die Arbeit leisten. Dies ist jetzt in Vallen in die Wege geleitet worden. Das Prinzip ist richtig, und es kann wertvolle Ansätze zur industriellen Demokratie bieten. Andererseits bestehen aber auch hier die oben erwähnten Schwierigkeiten.

8. Das Ausschließen neuer Märkte für den Absatz der Produkte. Die imperialistische Politik der westeuropäischen Staaten steht dieser Forderung entgegen. Die Kolonien müssen mit Waffengewalt „pazifiziert“ werden, die Eingeborenen schwächen unter den ihnen auferlegten großen Steuerlasten und sind deswegen nicht in der Lage, diese Produkte zu bezahlen, es fehlt ihnen an Kaufkraft. Sie können auch an Deutschland nicht verkaufen, weil sie die deutsche Kaufkraft durch die Niederhaltung der deutschen Valuta und durch die unerfüllbaren Forderungen aus dem Friedensvertrage vollständig unterbunden haben. Jetzt gehen sie daran, die deutsche Ausfuhr durch besondere Gesetze zu erschweren, wodurch das deutsche Volk in die Unmöglichkeit versetzt wird, die ausländischen Fertigprodukte zu kaufen. (Sie können nämlich nur kaufen, wenn sie mit ihren Exportwaren zu bezahlen in der Lage sind.) Das Bestreben, mit Sowjetrußland einen Handelsvertrag zu schließen, hängt mit der Unentbehrlichkeit des russischen Absatzmarktes zusammen; er kann aber wegen anderweitiger Interessen der Kapitalisten, welche auf der Bezahlung der Vorkriegs- und Kriegsschulden bestehen, schwerlich zustande kommen.

9. Arbeitslosenversicherung. Diese ist unter allen Mitteln das wirksamste, weil sie die Hilfe rasch und trotzdem systematisch nach in vorhinein bestimmten Grundfällen zu leisten vermag. Eine andere Frage ist, ob die durch die Versicherung gewährte Hilfe ausreicht, um dem Arbeitslosen einen menschenwürdigen Lebensunterhalt zu sichern. Dies ist bis jetzt keineswegs der Fall. So müssen jetzt z. B. die englischen Arbeiter, welche das modernste System der Arbeitslosenversicherung haben, außerdem noch Staatsunterstützung verlangen, weil die Versicherungsbeiträge nicht ausreichen. Das englische Gesetz ist im November 1920 ins Leben getreten; die Gebühren werden

gleichmäßig von Staat, Unternehmern und Arbeitern getragen. Die Arbeitslosenentschädigung beträgt bei männlichen Arbeitern wöchentlich 15 Schilling, bei weiblichen 12 Schilling. (Ueber dieses Gesetz berichtet ausführlich das internationale Arbeitsamt in Genf, Etudes et documents, Serie C, Nr. 1.) Bei den gewohnten Lebensansprüchen des englischen Arbeiters reicht dieser Betrag bei weitem nicht aus. Es fallen übrigens nicht weniger wie 13 Millionen Arbeitende unter das Gesetz.

Das italienische Gesetz für Arbeitslosenversicherung ist auch im Jahre 1920 ins Leben getreten, die Entschädigungssummen wurden jedoch erst vom 1. Dezember an bezahlt. Die Beiträge werden von den Arbeitgebern und Arbeitnehmern bezahlt, die Entschädigungssummen sind täglich 1,25 Lire, 2,50 Lire und 3,75 Lire in den einzelnen Arbeiterkategorien. Die Wirkung des Gesetzes erstreckt sich auf anderthalb Millionen Arbeitender außer den landwirtschaftlichen Arbeitern. (Ausführlicher Bericht über das Gesetz durch das internationale Arbeitsamt in Genf, Etudes et documents, Serie C, Nr. 2.) Die italienischen Gewerkschaften führen berechtigte Klage darüber, daß die Arbeitslosenversicherung durch die staatliche Bureaucratie geleitet wird und fordern die Ueberführung der Versicherungsanstalten in ihre Hände.

Demnächst möchten wir darstellen, wie sich die Arbeiterschaft die Lösung der Frage der Arbeitslosigkeit im Schoße des kapitalistischen Wirtschaftssystems vorstellt; wir wollen in erster Linie von dem Programm der englischen Arbeiterpartei (Labour-Party) sprechen. (H.)

Das Existenzminimum im Januar 1921.

Von Dr. R. Kuczynski.

Die Kosten des Existenzminimums waren im Januar 1921 etwas niedriger als im Vormonat, aber höher als von August bis November 1920. In Groß-Berlin kosteten Brot, Milch und Gas 10mal soviel wie vor sieben Jahren, Briketts 13mal soviel, Butter 14mal soviel, Zucker 15mal soviel, Margarine 16mal soviel, Kartoffeln 19mal soviel. Dabei sind die Schleichhandelspreise noch nicht berücksichtigt. Von Januar 1920 bis Januar 1921 stieg der Preis für 1 Pfund Brot von 55 Pf. auf 1,18 Mk., Kartoffeln von 23 Pf. auf 52 Pf., Butter von 12,80 Mk. auf 20 Mk., Zucker von 1,03 Mk. auf 3,80 Mk. Für die rationierten Nahrungsmittel ergab sich von Januar 1914 bis Januar 1921 im ganzen eine Verteuerung auf das 3,8-fache. In den vier Wochen vom 3. bis zum 30. Januar wurden an die Bevölkerung verteilt:

	Preis Januar 1921 Pf.	Preis Januar 1914 Pf.
7600 Gramm Brot . . .	1800	185
600 „ Rogmehl . . .	510	17
1000 „ Fleisch . . .	2184	180
90 „ Butter . . .	380	26
700 „ Zucker . . .	532	85
Zusammen	5386	443

Dieselben rationierten Mengen, für die man jetzt 53,86 Mk. zahlen muß, konnte man vor sieben Jahren für 4,43 Mk. kaufen. Diese rationierten Mengen enthalten nun aber im Wochendurchschnitt nur etwa 6500 Kalorien, d. h. ungefähr soviel wie ein zweijähriges Kind benötigt. Der Nahrungsbedarf eines Kindes von 6 bis 10 Jahren beträgt etwa 11200 Kalorien, der einer Frau etwa 16800 und der eines Mannes etwa 21000 Kalorien. Um das Existenzminimum zu berechnen, wird man also für ein Kind von 6 bis 10 Jahren die rationierten Mengen durch Lebensmittel im Nährwert von 4700 Kalorien ergänzen müssen. Eine Frau müßte sich zu der so errechneten Nahrungsmenge des Kindes noch Lebensmittel im Nährwert von 5600 Kalorien hinzukaufen, ein Mann darüber hinaus weitere Lebensmittel im Nährwert von 4200 Kalorien. Beschränkt man sich dabei soweit als tunlich auf die billigsten Nahrungsmittel, so stellt sich der wöchentliche Mindestbedarf für ein Kind von 6 bis 10 Jahren auf 23 Mk., für eine Frau auf 39 Mk., für einen Mann auf 54 Mk.

Rechnet man für den Mindestbedarf an Wohnung den Preis von Stube und Küche, für Heizung 1 Zentner Briketts und für Beleuchtung 6 Kubikmeter Gas, so ergeben sich als Wochenbedarf

für Wohnung 9 Mt., für Heizung 15,20 Mt., für Beleuchtung 7,50 Mt.

Für Bekleidung, d. h. für Beschaffung und Instandhaltung von Schuhwerk, Kleidern und Wäsche, sind mindestens anzugeben: Mann 30 Mt., Frau 20 Mt., Kind 10 Mt.

Für alle sonstigen lebensnotwendigen Ausgaben (Wäschereinigung, Fahrgeid, Steuern usw.) wird man einen Zuschlag von 1/3 machen müssen.

Als wöchentliches Existenzminimum ergibt sich somit für Groß-Berlin:

	Mann	Ehepaar	Ehepaar mit 2 Kindern
	Mt.	Mt.	Mt.
Ernährung	54	94	141
Wohnung	9	9	9
Heizung, Beleuchtung	23	23	23
Bekleidung	30	50	70
Sonstiges	39	58	80
Januar 1921	155	234	323
Dezember 1920	158	238	330
Januar 1920	114	167	220

Auf den Arbeitstag umgerechnet beträgt der notwendige Mindestverdienst im Januar 1921 für einen alleinlebenden Mann 26 Mt., für ein kinderloses Ehepaar 39 Mt., für ein Ehepaar mit zwei Kindern von sechs bis zehn Jahren 54 Mt. Auf das Jahr umgerechnet beträgt das Existenzminimum für den alleinlebenden Mann 8100 Mt., für das kinderlose Ehepaar 12 200 Mt., für das Ehepaar mit zwei Kindern 16 850 Mt.

Für ein deutsches Oberschlesien.

Von den Gewerkschaften aller Richtungen in Oberschlesien ist uns folgender Aufruf zugegangen: „Kollegen!

Wir stehen vor dem Endkampf um die Zugehörigkeit Oberschlesiens. Die unterzeichneten Gewerkschaften zweifeln nicht an dem Sieg der Kultur und des Fortschritts. Oberschlesien wird deutsch stimmen. Dafür werden die organisierten Arbeiter und Angestellten sorgen.

Aber der Friedensvertrag gibt der Entente das Recht, ohne Rücksicht auf das Ergebnis der Abstimmung, die Grenze festzulegen. Darum muß die Mehrheit für Deutschland eine überwältigende werden, so gewaltig, daß die Entente es nicht wagt, auch nur den kleinsten Teil von Oberschlesien abzutrennen.

Arbeiter, Angestellte im Reich!
Auch um eure Interessen geht es. Jeder Verlust im oberschlesischen Industriegebiet ist ein Verlust für euch. Unsere Industrie ist mit eurer Existenz so eng verwichen, daß eines ohne das andere nicht leben kann.

Ein deutsches Oberschlesien liefert euch die Rohstoffe für eure Arbeit. Ein deutsches Oberschlesien bedeutet für euch Arbeit und Verdienst, Brot und Kleidung für eure Frauen und Kinder. Ein polnisches Oberschlesien verstopft die Kohlequellen und bringt für euch Arbeitslosigkeit, Not und Elend für eure Familien.

Zeigt also eure Solidarität! Werbt für Oberschlesien. Kein Abstimmungsberechtigter im Reich darf zu Hause bleiben, wenn er nicht unsere gemeinsame Sache verraten will. Kollegen, sorgt dafür, daß jeder seine Pflicht erfüllt. Beseht die Unwissenden, mahnt die Säumigen, unterstützt uns mit allen zu Gebote stehenden Mitteln.

Einer für alle, alle für einen!
Auf zum Kampf für Recht und Kultur!”

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund hat durch seine bisherige Tätigkeit bewiesen, daß er sich den allen nationalpolitischen Treibern fernhält. Auch für den polnischen Arbeiter ist er schon mit Wort und Tat eingetreten. Es kann ihm aber nicht gleichgültig sein, ob Oberschlesien an Polen abgetreten werden muß oder nicht. Unter polnischer Regierung wären die Erzeugnisse der oberschlesischen Industrie nicht nur für Deutschland verloren, sondern die oberschlesische Industrie selber müßte unfehlbar dem Ruin entgegengehen. Darum fordern wir die Mitglieder der deutschen Gewerkschaften auf, im Sinne dieses Aufrufes zu wirken.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund.

Die Gewerkschaften und die Parlier Beschlüsse.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund richtet an die Arbeiter der Welt folgenden Aufruf:

„Die Sklaverei, die in Afrika abgeschafft wurde, soll in Europa wieder eingeführt werden. Die europäischen Großmächte, die angeblich den Völkerverbund errichten wollen, haben ihre Einführung für ein halbes Jahrhundert beschlossen. Schwarze Soldaten, die aus dem Innern Afrikas nach Europa gebracht werden, sollen dafür sorgen, daß die weißen Sklaven ihre Pflicht tun. Die Sklaverei wird eingeführt namens der Freiheit und Gerechtigkeit, zur höheren Ehre Gottes und der Menschlichkeit. Vier Jahre haben die Völker Europas unter dem Kriege gefezt. 40 Jahre sollen die Menschen, die unter der Herrschaft derer standen, denen die Gegner die Schuld an dem Kriege zurechnen, büßen. Ihre Kinder und Kindeskinde sollen verkommen und sterben. Sie selbst sollen wie Arbeitstiere am Leben gehalten werden, um für die Sieger zu arbeiten. Ein Recht auf die Freuden des Lebens sollen sie nicht mehr haben. Ungefähr ebensoviel wie das ganze deutsche Nationalvermögen vor dem Kriege ausmachte, soll im Laufe von 42 Jahren von deutschen Arbeitern erzeugt und an die Sieger abgeliefert werden, erzeugt in dem Lande, dem man schon die ungeheuerlichsten Lasten auferlegte, seine Naturerschätze zum größten Teil genommen und dem man den Abfall seiner Werte und seiner Arbeit nach anderen Ländern unterbindet. Das deutsche Volk hat sich bereit erklärt, im Rahmen der Möglichkeit den angerichteten Schaden wieder gutzumachen, es ist nicht bereit, zum Vorteil des internationalen Kapitalismus zugrunde zu gehen. Haß und Erbitterung werden sich in die Herzen einfrassen, auch in die Herzen derjenigen, die ihr ganzes Leben lang für die internationale Verständigung und für die Völkerverbrüderung kämpften. Arbeiter der Welt! Ihr habt das Wort!”

Diesem Aufruf schließen sich der Allgemeine Freie Angestelltenbund und der Beirat der Freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale an.

Schafft Arbeit und Brot!

Die in den letzten Wochen erheblich gesteigerte Arbeitslosigkeit gab dem Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Anlaß, an die Regierung das Ersuchen zu richten, in einer persönlichen Aussprache mit den Ministern der beteiligten Ressorts die Frage zu erörtern: Was kann geschehen, um die Arbeitslosigkeit durch vermehrte Arbeitsbeschaffung zu mildern?

Die Besprechung mit den Vertretern der Regierung fand am 30. Januar statt. Es nahmen daran teil die Vertreter aller Gewerkschaftsgruppen, der politischen Parteien und von der Regierung die Minister, die hauptsächlich mit der Vergebung von Arbeiten und mit der Arbeitslosenfürsorge in enger Verbindung stehen. Ferner war von Preußen ein Vertreter des Landwirtschaftsministeriums anwesend.

Zur Begründung ihrer Anforderungen wurde von Vertretern des Gewerkschaftsbundes darauf hingewiesen, daß in dem Vordergrund des Interesses die Behebung des Baumaterials steht. Es sei ganz unmöglich, daß der gegenwärtige Zustand weiter aufrechterhalten wird, es müsse die Finanzierung der Wohnhausbauten gelöst werden. Denn ohne eine Unterstützung würde auch in diesem Jahre die Baukonjunktur keine nennenswerte Aufwärtsbewegung erfahren.

In enger Verbindung damit steht die Aufwendung aus öffentlichen Mitteln für die Reparatur von Häusern. Auch hier würde reichliche Arbeitsgelegenheit besonders für das Kleingewerbe geschaffen. Es sei in hohem Maße zu bedauern, daß der Wohnungsbau in den Bergwerksbezirken nicht die Förderung erfahre, die notwendig ist. Hier könnte, gestützt auf die Abgabe, die aus dem Verschleiß der Kohle zur Verfügung steht, in größerem Umfang der Wohnungsbau betrieben werden, wenn nicht leider eine schwerfällige Organisation die Ausführung des Werkes verhindern würde. Das Arbeitsministerium muß hier durchgreifen und diese Störung beseitigen. Baumaterialien seien in genügendem Maße in diesem Jahre vorhanden, daran kann die Ausführung umfangreicher Wohnungsbauten nicht mehr scheitern.

Ferner komme in Betracht, daß die Eisenbahn und Post mit größeren Aufträgen herauskommt. Daß

in diesen beiden großen Verkehrsunternehmungen das Bedürfnis nach Neuanschaffung vorhanden ist, kann keinem Zweifel unterliegen. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen muß allerdings gefordert werden, daß die Industrie die hohen Gewinne, die sie bisher bei den Kalkulationen in Anschlag gebracht hat, ausmerzt. Zurückzugreifen wäre auch auf größere Aufträge für die Notstandsversorgung und eine weitere Fortführung des von den Gewerkschaften vermittelten Wareneinkaufs, um unter Ausschaltung aller Zwischenstufen direkt dem Konsumenten die Ware zuzuführen.

Das Preussische Landwirtschaftsministerium muß sofort die in Aussicht genommene Kultur von Moorboden und Debländereten in größerem Umfang in Angriff nehmen, damit auch hier Arbeitslose beschäftigt werden können. Für alle diese Aufwendungen muß mehr oder weniger der Fonds für diese Arbeitslosenfürsorge in Anspruch genommen werden.

Die Besprechung ergab, daß bisher ungefähr ein Aufwand von 2 1/2 Milliarden Mark aus Mitteln des Reiches, der Freistaaten und Gemeinden für Arbeitsbeschaffung verwandt worden ist. Auf diese Art sind 200 000 Arbeiter vier Monate lang in Beschäftigung gelangt.

Vom Ministerium der Eisenbahn wurde erklärt, daß Mittel zur Verfügung stehen und auch noch angefordert werden, um sehr erhebliche Aufträge, die insgesamt auf 18 Milliarden gesteigert werden könnten, herauszugeben. Ähnlich lautete die Antwort des Postministers, der eine große Zahl von sehr umfangreichen dringenden Arbeiten vorführte, die ausgeführt werden müssen. Es wurde fernerhin zugesagt, für den Wohnungsbau in den Bergwerksbezirken eine bessere Regelung in die Wege zu leiten; auch die Notstandsversorgung und der Wareneinkauf wird weiter gefördert werden.

Es wurde weiter betont, daß die gegenwärtige Krise uns auch wieder einen gewissen Anreiz geben müsse, den Export zu beleben. Allerdings drohen uns hier die Abgaben, die die Entente für die Ausfuhrwaren fordert. Eine solche Abgabe muß geradezu zur Vernichtung der Exportmöglichkeit der deutschen Industrie führen.

In der Besprechung trat eine Uebereinstimmung von allen Seiten in bezug auf die gegebenen Anregungen hervor. In der Ausführung ist das Programm sehr abhängig von der Zustimmung des Finanzministeriums, das allerdings eine gewisse Zurückhaltung geübt hat und von dem man nicht gerade annehmen darf, daß es restlos alle die hier gestellten Anforderungen bewilligen wird. Inbes, das wird die Aufgabe des Parlaments sein, dem Verlangen den nötigen Nachdruck zu geben. Für die Befämpfung der Arbeitslosigkeit gibt es kein besseres Mittel, als die Förderung der Anforderungen, die hier in kurzen Umriß geschildert sind; sie bedeuten zugleich auch eine Erstarkung unseres gesamten Wirtschaftslebens. („Bremer Volksblatt.“)

Gegen die Zerreißung der Gewerkschaften

findet unser Schweizer Bruderblatt, „Der Buchbinder“, folgende treffende Worte der Abwehr:

„... Und nun soll nach Moskauer Vorurteilen auch die Gewerkschaftsbewegung gespalten werden; zwar erklären die Moskauer, es sei dies nicht ihre Absicht! Es ist wohl das schlechteste Gewissen, in Erkennung, daß eine Trennung der Arbeiterkraft ungeheuren Schaden bringen müßte, das sie zu diesen Erklärungen veranlaßt, obgleich sie selber in ihren Handlungen das Gegenteil tun. Man vergegenwärtige sich die Situation bei einer Spaltung der gewerkschaftlichen Kampffront! Ob da der wirtschaftliche Gegner auch nur mit einem Lächeln zusehen würde, glaubt wohl nur ein ganz Dummer. Da hier weit mehr persönliche Interessen in Frage kommen als bei der politischen Bewegung, wäre es tölpischer, daß sie auch keinen Augenblick zaudern würden, um die vorhandene Lage nach allen Regeln der Kunst zu ihren Gunsten auszunutzen. Hier wäre eine Trennung nach Moskauer Taktik ein direkter Verrat an sich selbst wie an seinen Arbeitskameraden.

Nicht Trennung, sondern festerer Zusammenhalt tut not. Mehr zweckmäßige und praktische Mitarbeit in den Gewerkschaften; ein jeder sollte mithelfen, ein jeder seinen Mann stellen, sich nicht drücken, wenn es gilt, in Vorständen oder Kommissionen mitzuarbeiten, sich an den Versammlungen beteiligen, mitsprechen, mitberaten, sich nicht einfach in den Schmolzwinkel zurückziehen, wenn ihm im Kreise seiner Arbeitsbrüder etwas über die

Nieren getroffen ist. Einfach gesagt: mehr wahre Solidarität üben!

Sicher, unsere alleinigen Aufgaben sind nicht nur Lohnbewegungen, sondern wir müssen weitergehen, wenn wir den nötigen Einfluß auf das wirtschaftliche Gerippe haben wollen. Bewußt, der Weg ist ein schwerer und auch langsamer, und dennoch, blicken wir nur ... in der Gewerkschaftsbewegung zurück, so müssen wir konstatieren, daß letztere große Vorteile errungen hat, namentlich in den letzten Jahren. Wir stehen vor großen neuen Aufgaben: Sozialisierung, Räteystem usw. Aber gerade da wird nicht eine Trennung um bloße Formen der Taktik helfen, sondern das Gegenteil, größerer und festerer Zusammenhalt innerhalb der allgemeinen Gewerkschaftsbewegung und der einzelnen Industriearbeiterschaften. Einverständnis, in diesem Sinne soll unsere Taktik Verbesserungen erfahren; es ist nötig, wollen wir nicht immer auf dem nämlichen Platze herumtrampeln.

Kollegen! In der Partei ist die Trennung perfekt; wir sind prinzipiell gegen jede Trennung, da eine solche schwächt statt stärkt. Aber mögen sich die Kollegen zu dieser Angelegenheit stellen, wie sie wollen, eines möchten wir jedem aus Herz legen: Bekämpft jede Absicht, die gleichen Mittel in der Gewerkschaft anzuwenden; sie sind falsch, sie führen auf unrichtigen Voraussetzungen und würden im Falle der Verwirklichung einen Schaden bringen, der auf Jahre hinaus die Arbeiterschaft zurückstellen würde in allen ihren wirtschaftlichen Stellungen, wo sie bis heute Vorteile erkämpft hat."

Linierer.

In Nr. 52 der "Buchbinder-Zeitung" vom 19. Dezember 1920 erschien ein Artikel: "An die Linierer". Der Schlußsatz desselben lautete: "Durch die Aufstellung unserer Organisationspläne hoffen wir die Kollegenchaft reiflos zu erfassen." Leider, muß ich sagen, ist diese Hoffnung bisher nicht in Erfüllung gegangen. Von den 17 Gauen, deren Leiter von uns Schreiben erhalten haben, wie in obigem Artikel ausgeführt, hat sich bis heute nur Leipzig gemeldet. Es liegt nicht an uns, zu untersuchen, woran diese Verzögerung liegt. Es hat aber keinen Zweck, daß wir hier in der Zentrale arbeiten und versuchen, den Zusammenschluß unserer Branche zustande zu bringen und die Kollegenchaft legt die Hände müßig in den Schoß und harret der gebratenen Tauben, die da aus Berlin kommen sollen.

Bei Erneuerung des Reichstarifes im Juli ist es noch sehr fraglich, ob sich Berlin demselben anschließt. Dadurch wäre es auch für uns Berliner Linierer überflüssig, für einen neuen Linierer-Reichstarif zu arbeiten, ja sogar die Hauptarbeit an demselben zu übernehmen. Wenn wir es trotzdem tun, dann nur darum, weil wir einmal mit der Sache angefangen haben und die Mühe nicht ins Korn werfen wollen und zweitens, weil wir soviel Liebe zu unserem Beruf haben, daß wir nicht länger zusehen wollen, wie es mit demselben immer weiter rückwärts geht!

Wenn die Kollegenchaft der Provinz unserer Nähe weiterhin soviel Interesse entgegenbringt wie bisher, dann müssen wir es uns sehr überlegen, ob wir nicht besser tun, für uns hier in Berlin allein zu arbeiten!

Kollegen! Sollte die eingangs erwähnte Verzögerung nicht an euch, sondern an den Gauleitern liegen, dann melbet euch bei diesen und verlangt, daß sie eure Interessen besser wahren! Indem wir hoffen, daß diese Zeilen die Sache in Fluß bringen werden, bitten wir nochmals jeden einzelnen Kollegen um rege Mitarbeit!

Linierer-Zentrale. —ss.

Internationales.

Oesterreich. Unsere Lohnverhältnisse, die im Laufe der letzten Jahre ständigen Aenderungen unterworfen wurden, weisen heute nachstehende Gesamtlöhne als Mindestbezüge auf, in denen der Mindestlohn (für die Mindestteuerungszulage enthalten sind (für Gehilfen bis zu 20 Jahren):

Buchbindergehilfen im ersten Jahre nach der Lehre 497,30 Kr.; im zweiten Jahre nach der Lehre 600,02 Kr.; nach dem zweiten Jahre nach der Lehre 621,02 Kr.; bis zum vollendeten 23. Lebensjahre 660,02 Kr.; bis zum vollendeten 20. Lebensjahre, bei Beschäftigung an der Schneidmaschine. 628,02 Kr.; bis zum vollendeten 23. Lebensjahre, an der Schneidmaschine beschäftigt, 671,02 Kr.; darüber für alle Buchbindergehilfen 855,02 Kr.

Buchbindereihilfsarbeiter: Jugendliche, bis zum vollendeten 16. Lebensjahre 303,30 Kronen; Anfänger im ersten Jahre (verheiratete) 333,30 Kr.; Anfänger im ersten Jahre (ledige) 303,30 Kr.; Hilfsarbeiter nach einem Jahr in gleich-

artigen Betrieben beschäftigt (verheiratete) 434,30 Kronen; Hilfsarbeiter nach einem Jahre in gleichartigen Betrieben beschäftigt (ledige) 357,30 Kr.

Buchbindereihilfsarbeiterinnen: Anfängerinnen im ersten Halbjahr 173,20 Kr.; Anfängerinnen im zweiten Halbjahr 181,70 Kr.; Arbeiterinnen nach einjähriger Beschäftigung 379,40 Kronen; Arbeiterinnen nach zweijähriger Beschäftigung 383,40 Kr.; Arbeiterinnen nach dreijähriger Beschäftigung 385,40 Kr.; Arbeiterinnen, welche zeitweise an Maschinen beschäftigt sind, 386,40 Kr.; Arbeiterinnen, welche ständig an Maschinen tätig sind, 391,40 Kronen; sonstige Arbeiterinnen, die nicht direkt zu Buchbindereiarbeiten verwendet werden, nach dem ersten Beschäftigungsjahr 219,40 Kronen.

Belgien. Unser belgischer Bruderverband hat soeben eine Lohnbewegung abgeschlossen. Es besteht bereits ein Kollektivvertrag, aber wie bei uns, genügen die in demselben enthaltenen Löhne nicht, um für die ganze Vertragsdauer gelten zu können. Die Verhandlungen werden noch vor Jahreschluss erledigt, und die Beratungen in den Organisationen über Annahme des Resultats wurden so gefördert, daß die Anwendung der Abmachungen ab 1. Januar 1921 zustande kam. Die hauptsächlichsten Beschlüsse sind folgende: Die Teuerungszulagen werden mit dem 1. Januar abgeschafft, alle drei Monate treten die beiden Lohnkommissionen zusammen, um über eine eventuelle Revision der Löhne zu beschließen; diese vierteljährliche Revision stützt sich auf die staatlichen Feststellungen der Lebenshaltung; alle Teuerungszulagen werden den gegenwärtigen Löhnen einverleibt und sind demnach alle Löhne der Arbeiter um 21 Fr. pro Woche erhöht. Bei eventuell weiterer Teuerung ist der Lohn bis zu 6 Fr. einheitlich zu erhöhen, je nach dem Preisstand der offiziellen Anzeigen; bei Preisrückgang wird der nämliche Maßstab angelegt.

Die Löhne sind in fünf Kategorien nach Städten eingeteilt; die teuerste Stadt, Brüssel, weist den höchsten Mindestlohn auf. Der niedrigste Gehilfenlohn ist 106 Fr., der höchste 132 Fr. pro Woche; Lehrlinge nach zwei Jahren Lehrzeit erhalten Löhne von 38 bis 46 Fr., nach drei Jahren 60 bis 72 Fr., nach vier Jahren 80 bis 105 Fr.; die Löhne der Arbeiterinnen sind festgesetzt von 63 bis 77 Fr.

Berichte.

Barmen-Elberfeld. In den Tagen vom 18. bis zum 20. Januar fanden in Berlin Reichstatarifverhandlungen für das Buchbindergewerbe statt. In dem Lohnabkommen wird u. a. bestimmt, daß über die Höhe der sogenannten Befähigungs- und Industriezulagen im besetzten und angrenzenden Gebiet britisch oder bezirklich bis zum 31. Januar zu verhandeln ist. Aus diesem Grunde fand am 28. Januar in Elberfeld eine Verhandlung statt. An dieser nahmen teil auf Seiten der Arbeitnehmer die Gauvorsitzenden von Elberfeld und Köln für das rechts- und linksrheinische Gebiet, ferner Vertreter der Zahlstellen Dortmund, Hagen, Bielefeld und Essen, letzterer als Vertreter der Zahlstellen im Ruhrgebiet. Außerdem zwei Vertreter des Graphtischen Zentralverbandes. Von Seiten der Arbeitgeber waren leider nur Barmen-Elberfeld, Dortmund und Hagen erschienen, während der Vertreter von Bielefeld schon vor der Verhandlung wieder abgereist war, weil für ihn die Angelegenheit kein Interesse" hätte. Es konnte somit nur für Barmen-Elberfeld, Hagen und Dortmund verhandelt werden. Nach langen Beratungen, Anträgen und Gegenanträgen kam endlich folgendes Abkommen zustande:

"Auf Grund des neuen Reichstarifs vom 20. Januar 1921 wird allen männlichen und weiblichen Arbeitern auf die neuen reichstatariflichen Löhne der Unterschied zwischen der zuzubildenden und der nächsthöchsten Ortsklasse als sogenannte "Industriezulage" auf den erzielten Zeitlohn oder Akkordverdienst gezahlt. Diese Zulage kommt also bei Errechnung des Akkordsatzes nicht in Ansatz." Damit ist gesagt, daß in Barmen-Elberfeld und in Dortmund an Stelle der Tariflöhne II. Ortsklasse die Löhne der I. Ortsklasse in Kraft treten und für Hagen an Stelle der Löhne III. Ortsklasse die Löhne II. Ortsklasse.

Diese Neuregelung bringt einem Teil der gelerntten Arbeiter keine Lohnerhöhung, da ihre Löhne durch das im November getroffene örtliche Abkommen erreicht oder überschritten wurden. Dagegen bringt es den männlichen Arbeitern in den Briefumschlag- und Papierwarenfabriken, sowie den Arbeiterinnen zum Teil recht wesentliche Erhöhungen. Erfreulich ist bei dieser Regelung, daß nimmehr die existierenden großen Ungleichheiten in der Bezahlung wieder ausgeglichen sind.

Für die Etikettenschneider hatten am 19. Januar Verhandlungen mit dem Verband der Buch- und Steinbruckermeister von Barmen-Elberfeld stattgefunden mit dem Ergebnis, daß für die Lebigen eine Lohnerhöhung von 10 M. die Woche und für die Verheirateten von 15 M. die Woche gewährt wurden, mit Wirkung ab 1. Januar.

Alle diese Vorteile verdankt die Kollegenchaft ihrer Organisation. Diese stark, einig und damit schlagkräftig zu erhalten, muß daher stets das Streben aller Kollegen und Kolleginnen sein.

Bielefeld. In unserer am 1. Februar stattgefundenen Generalversammlung gab der Vorsitzende Hof den Geschäftsbericht vom 4. Quartal 1920. Es wurde hierbei noch einmal auf der Vorgänge des letzten Jahres, welche für unsere Zahlstelle von Bedeutung waren, in einem kurzen Rückblick gedacht. Es bedurfte der Anspannung aller Kräfte, um unseren Berufsangehörigen die Existenzmöglichkeit zu sichern. Zu Wirtschaftsbekämpfen im Herbst war nur ein Teil der Arbeitgeber zu bewegen, während andere sich direkt knauserig hierbei anstellten. An unsere Mitglieder richteten wir daher den ersten Rat, im kommenden Jahre nach besten Kräften mitzuwirken, wenn wir unsere Lebenshaltung in diesen schweren Zeiten sichern wollen. Die Mitgliederzahl am Ort ist auf 1038 gestiegen, davon sind 220 Männliche und 818 Weibliche. Etwa die Hälfte unserer Mitglieder sind in der Kartonnagen- und Tütenbranche beschäftigt. Ueber die Verhältnisse in den anderen Orten unseres Bezirks ist an anderer Stelle berichtet. Den Kassenbericht gab Hergt; demnach bilanziert die Hauptkasse mit 42 223,65 M. Die Lotalkasse hat einen Bestand von 6815,41 M. Da die Vertrauensleute jetzt mit größeren Geldsummen zu tun haben, werden dieselben auch an dieser Stelle aufgefordert, jeden Monat mit ihrem Markenerauf im Bureau abzurechnen. — Bei der Wahl zur Ortsverwaltung wurden die bisherigen Kollegen wiedergewählt. Der Vorsitzende machte noch auf die in nächster Zeit stattfindenden Bildungskurse aufmerksam und forderte die Kollegen und Kolleginnen auf, sich zahlreich hieran zu beteiligen.

Bielefeld. Für den 23. Januar hatte die Ortsverwaltung Bielefeld nach hier eine Konferenz der zur Bezirkszahlstelle gehörenden Orte Bielefeld, Herford, Brake und Blißersloh einberufen, die aus allen Orten zahlreich besetzt war. Eine Aussprache über unsere Ziele und nächsten Aufgaben machte diese Konferenz notwendig und es ist erfreulicherweise ein gutes Resultat dieser Zusammenkunft zu verzeichnen. Zum ersten Punkt "Rückblick und Ausblick" referierte Hof. Er schilderte eingehend die Arbeit des verfloffenen Jahres, besonders die Einführung beider Reichstarife, die ohne jede größere Reibung stattgefunden hat. Die Bezirkszahlstelle Bielefeld hat einen guten Aufschwung in der Mitgliederzahl gemacht; diese neuangewonnenen Mitglieder mit gewerkschaftlichem Geist zu erfüllen, muß unsere nächste Aufgabe sein. Was das neue Jahr uns bringen wird, ist ungewiß, aber eins sei sicher, gehe die Zersplitterung in der Arbeiterschaft so weiter, dann wehe uns. Die ganze Kraft müsse dafür eingesetzt werden, alle Versuche, Uneinigkeit in die Gewerkschaften hineinzutragen, zu verhindern zu machen. Der 20. Februar müsse alle Kollegen und Kolleginnen auf dem Plane finden.

Ueber "Ausbau der Bezirkszahlstelle" referierte Schmidt. Dieser verstand es, den Werdegang der Zahlstelle bis zur Bezirkszahlstelle allen vor Augen zu führen, er bat, alles dafür einzusetzen, daß das Wachstum unserer Bewegung nicht ungenüßig brünstet wird. Ueber den "Ausbau unserer Unterstufungen" sprach Hergt. Er schilderte eingehend alle Unterstufungsarten unserer Organisation.

Unter "Verschiedenes" entspann sich dann eine rege Aussprache, aus der besonders der Kampfesmut und die Lust und Liebe für die Organisation hervortrat. Beschlossen wurde, im Juli eine Bezirksversammlung in Herford stattfinden zu lassen. Angeregt und beschlossen wurde sodann noch, im Februar eine Werbeweche" mit Versammlungen aller Werkstätten abzuhalten. Tagesordnung in allen Versammlungen: "Was tut uns not?" Von allen Mitgliedern darf erwartet werden, daß sie diese Versammlungen besuchen. Bedauert wurde allseitig, daß es leider der Gauvorstand bis heute noch nicht für nötig befunden habe, einen Goutag abzuhalten. Da der letzte Goutag 1913 stattfand, muß doch sicher Stoff genug vorhanden sein.

Am gleichen Tage fand dann das 37. Stiftungsfest der Zahlstelle statt, zu welchem eine große Anzahl Kollegen von auswärts herbeigeeilt waren. Als Erfolg konnte die Zahlstelle einen guten Ueberfluß für die Lotalkasse buchen. Kollegen, Kolleginnen! Soll die Arbeit dieser Konferenz fruchtbringend für den Verband sein, dann müssen wir alle unsere Kräfte anspannen. So einig und geschlossen, wie in den Tagen des Streiks, so muß es für alle Zukunft sein und bleiben. Unterstützt die Organisationsleitung in

ihrer schweren Arbeit, dann geht es auch vorwärts und aufwärts.

Chemnitz. Am 6. September 1919 kamen auch in Chemnitz die Vorstände der vier graphischen Verbände zusammen, um in dieser Sitzung die Fühlung zueinander wieder herzustellen. Die Kriegsverhältnisse hatten eine längere Pause verursacht. 1919 fanden drei Kartellversammlungen und zwei Versammlungen der Arbeiterräte im graphischen Gewerbe statt. Am 9. Februar 1920 konstituierte sich das Graphische Kartell nach den Satzungen des Graphischen Bundes. Im Jahre 1920 fanden elf Kartellversammlungen, eine Vorstandssitzung und vier des Kartellvorstandes, eine Versammlung der Arbeiterräte, eine der Arbeiterräte, zwei graphische und vier der Betriebsräte der Industrie-Gruppe 8 (graphisches Gewerbe) statt. Durch die Zusammenfassung der Betriebsräte in Industrie-Gruppen wurde in unserer ersten Industrie-Gruppenversammlung am 22. Juni ein Gruppenrat gewählt; dieser besteht aus 6 Betriebsratsmitgliedern und je einem Organisationsvertreter der vier Verbände. Seitdem hatten der Gruppenrat und das Graphische Kartell ihre Sitzungen gemeinsam ab, was sehr von Vorteil ist. Vom 1. bis 4. März war das Buchbinder- und Hilfspersonal in Druckereien ausgeperrt; erreicht wurde eine Lohnerhöhung und restlose Wiedereinstellung. Unsere Eingaben betrafen mehrmals die Generalstreikangelegenheit an den Rat der Stadt und das Stadtverordnetenkollegium sowie Erwerbslosenfürsorge; ferner an die Unternehmer für Erwerbsbeschränkte und Einführung durchgehender Arbeitszeit betr. Die Arbeitsbeschaffung hat das hiesige Tarifschlichtungsgericht seit Dezember in die Hand genommen. — Unsere Tätigkeit galt hauptsächlich auch dem großen Ziel: Industrieverband. Durch gegenseitiges Besuchen in den Organisationsveranstaltungen ist die Zusammenarbeit sehr gefördert worden. Wichtig ist der Ausbau der Betriebsräte-Organisation, und läßt es auch die Masse an praktischer Mitarbeit nicht fehlen, werden wir auch von unten auf baldigt dem Industrieverband näher kommen. Die Mitgliederzahl stieg von 1919 Ende 1919 auf rund 2300 Ende 1920 in den Chemnitzer graphischen Verbänden.

Chemnitz-Neugersdorf. In der letzten Generalversammlung ersetzte der Vorsitzende den Jahresbericht. Die Mitgliederzahl ist leider, trotz m. a. l. im Bereiche tätigen Arbeitnehmer organisiert sind, infolge des schlechten Geschäftsganges, der zu Ende des zweiten Quartals einfiel, von 70 auf 49 gesunken. Es wurden zehn Versammlungen abgehalten und eine gemeinam mit der Hilfsstelle Seiffenhardsdorf, in welcher unser Gauleiter Pflüge referierte. Bei zwei im ersten Quartal stattgefundenen Lohnbewegungen gelang es uns, die Löhne um durchschnittlich 90 Proz. zu erhöhen. Eine im zweiten Quartal angelegte Lohnbewegung bei der Neugersdorfer Lustgartenfabrik brachte erst im September, nach Eintritt besseren Geschäftsganges, einigen Erfolg. In den anderen Betrieben gelang es, den Reichstaxi zur Einführung zu bringen. Vor dem Schlichtungsausschuß in Bautzen wurden zwei Klagen ausgefochten. Mit der Wohnfrage, fest und treu zum Verbands zu halten, schloß der Jahresbericht.

Nach Erstattung des Jahresberichts erfolgte die Neuwahl. Als 1. und 2. Vorsitzender und Kassierer wurden Bohmer, Hauswied und Knob wiedergewählt, als Unterassistent für Neugersdorf Kollegen Born, und als Schriftführer Jorow neu gewählt; zu Beisitzern wurden die Kollegen Braße und der Kollege Hermann, als Revisoren die Kollegin Hummel und der Kollege Hängel gewählt. Zu Kartelldelegierten wurden Wegner für Chemnitz und Hauswied für Neugersdorf bestimmt. — Zum Reichstaxi wurde noch ausgedrückt, daß man sich nicht mehr an den alten Lohnen, wenn die neuen Verhandlungen nicht wesentliche Verbesserungen brächten.

Frankfurt a. M. Die am 25. Januar d. J. stattgefundenen Generalversammlung, in welcher der Gauleiter Bürgelberger anwesend war, nahm nach einer Ansprache unseres Vorsitzenden Püsching, in der er auch des Abnehmens des Genossen Beuten gedachte, den Geschäftsbericht für das vergangene Jahr entgegen. Aus demselben ist hervorzuheben, daß vier Lohnbewegungen geführt werden mußten, um unsere Löhne einigermaßen den Verhältnissen anzupassen. Die Anerkennung des Reichstaxi durchzusetzen, gelang uns nicht, da die meisten Arbeitgeber dem Deutschen Buchdruckerverein angehören. Die Mitgliederzahl ist abgesehen von kleineren Schwankungen, während des ganzen Jahres gleich geblieben. Sie beträgt jetzt 294. Den Jahresbericht vom vierten Quartal gab Köhne. Dem Kassierer wurde einstimmig Entlastung erteilt. Gauleiter Bürgelberger erklärte mit, daß ein neues Lohnabkommen zum Reichstaxi getroffen wurde, und erjuchte dahin zu wirken, daß auch wir bald in den Genuß desselben kommen. Die öffentliche Versammlung vom 1. Februar d. J. ist diesem Ersuchen inwieweit nachgekommen und hat den Vorstand sowie die Lohnkommission beauftragt, im

Bereich mit dem Gewerkschaftsstand sofort die nötigen Schritte zu unternehmen, um unseren Ortstarif den Sätzen des Reichstaxi anzupassen. Die Neuwahl des Vorstandes ergab die einstimmige Wiederwahl desselben. Kollege Püsching teilte mit, daß das graphische Kartell wieder ins Leben gerufen werden soll und wurden hierzu die Kollegen Kriening und Sop gewählt. Schließlich wurde noch der Bericht vom Ortstarif ohne Debatte zur Kenntnis genommen.

Göppingen. Am 16. Januar fand unsere halbjährliche Generalversammlung statt, in der die Orte Göppingen, Boll, Gmünd und Lorch vertreten waren. Der Vorsitzende Bühler gab den Geschäftsbericht, der mit Befriedigung aufgenommen wurde, denn es war daraus zu ersehen, daß die Ortsverwaltung die Interessen der Kollegenschaft jederzeit gefördert und energisch vertreten hat. Kassierer Köber erstattete den Rechenbericht. Nach einem trefflichen Referat Bühlers über: „Die Aufgaben der Gewerkschaften“, das reichen Beifall fand, wurde die nachstehende Resolution einstimmig angenommen:

Die am 16. Januar tagende Generalversammlung der Hilfsstelle Göppingen ist der Erkenntnis, daß es mit der seitverigen Lohnpolitik der Gewerkschaften auf dem Wege wirtschaftsrechtlicher Verhandlung nicht möglich ist, die Lage der arbeitenden Bevölkerung zu verbessern.

Sie stellt die Forderung an die Verbandsleitung, durch ihre Vertreter im A. D. G. B. dahin zu wirken, daß die Arbeitsgemeinschaften aufgelöst werden und daß sich die einzelnen gewerkschaftlichen Organisationen auf den Boden des reinen Klassenkampfes stellen.

Die Versammlung protestiert auf das schärfste gegen jeden Spaltungsvorschlag von seiten der Gewerkschaftsbürokratie, gegen den beabsichtigten Hinweis auf der revolutionären Kollegen aus den Gewerkschaften. Sie erklart in den Gewerkschaften, nach deren Umstellung zum Klassenkampf, das geeignete Instrument der Arbeiterkraft zur Führung der wirtschaftlichen und politischen Kämpfe und des Aufbaus nach Eroberung der Macht. In der Zusammenfassung aller Berufsverbände und im Zusammenhange zu Industrieverbänden hat sich die Arbeiterkraft ein Kampfinstrument zu schaffen, das die Gewähr bietet, in absehbarer Zeit unseren Forderungen nach Verwirklichung des Sozialismus zum Durchbruch zu verhelfen.

In diesem Sinne ist es aber nötig, daß die Gewerkschaften ihren politisch-neutralen Standpunkt ablegen und, wie sie es beim Kampfbuch gezwungen waren, auch aus eigener Initiative die politischen Forderungen des Proletariats fördern und verwirklichen helfen. Die Generalversammlung beauftragt deshalb die Ortsverwaltung, beim Verbandsvorstande dahin zu wirken, daß dieser durch seine Vertreter im A. D. G. B. für eine Aktion im Sinne der nachstehenden Forderungen der Stuttgarter Metallarbeiter eintritt:

1. Gegen den Richter und für die Herabsetzung der Preise der täglichen Bedarfsgegenstände.
2. Für die Aufnahme der vollen Produktion und Anpassung der Erwerbslosenunterstützung an die Bedürfnisse der in Arbeit stehenden auf Kosten der Unternehmer.
3. Für die Beteiligung des Steuerabzugs, für die Einziehung der Vorkonten und großen Vermögens.
4. Für die Kontrolle der Koststoffgewinnung, der Betriebe, der Lebensmittelerzeugung und -verteilung durch die Betriebsräte, Gewerkschaften und Genossenschaften.
5. Entwaffnung der Oligarchie und Befreiung der Arbeiter unter Kontrolle der Gewerkschaften.

Die nach dem Referat vorgenommenen Neuwahlen ergaben folgende Zusammensetzung der Verwaltung: Der bisherige Vorsitzende Bühler wurde einstimmig wiedergewählt, als zweiter Vorsitzender wurde Behl, als Kassierer Köber und als Schriftführer Münz gewählt. Nachmittags 5 Uhr schloß der Vorsitzende die um 10 Uhr voruntags begonnene Versammlung.

Hannover. Am 28. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Einleitend bemerkte der Vorsitzende, daß die Folgen des Krieges sich bemerkbar machen auch im Gesundheitszustand unserer Kollegen. So sind seit unserer letzten Versammlung die Kollegen Strüver, Rohlmeyer, Knop, Ebting, Broich und Schwertfeger gestorben, deren Namen in üblicher Weise gelehrt wurde. Komrade gab sodann einen kurzen Bericht von den letzten Lohnverhandlungen in Berlin. In der Diskussion wurde betont, daß auch der frühe Lohn der Zeit entsprechend zu niedrig sei und noch weit unter dem Existenzminimum liege. Nur notwendig könne man sein Leben stiften. In Neuanfassungen für Kleidung und Wäsche sei nicht zu denken, da der Lohn nicht ausreicht. Schluß wurde das Verhalten der Innung verurteilt.

Nachdem gab der Vorsitzende den Geschäftsbericht. Danach war ein Abgang von 23 Kollegen

und 77 Kolleginnen zu verzeichnen, der durch einen Zugang von 25 Kollegen und 95 Kolleginnen wettgemacht wurde. Unser Wappentafelbestand am Schluß des vorigen Jahres betrug 680 männliche und 1524 weibliche Mitglieder. Er ist inzwischen auf 764 männliche und 1601 weibliche Mitglieder gestiegen. Unsere Kassenerhältnisse haben sich auch im letzten Jahre gebessert. Die Hauptkasse balanzierte mit 43 900,42 Mk. In der Lokalkasse standen sich in Einnahme und Ausgabe 37 466,45 Mk. gegenüber. Sodann wurde unser bisheriger Vorsitzender Rosenthal mit großer Majorität wiedergewählt. Als Beisitzer kamen in den Vorstand: Pöppler, Ohwald, Weiß, Strunt, Bremer, Gehre und die Kolleginnen Karow und Schick. Zu Revisoren wurden die Kollegen Fischer und Henze gewählt.

Herford i. W. Am 3. Februar hatte sich die Herforder Kartonnagenarbeiter-Gewerkschaft zahlreich zum Jahreskongress, um Kenntnis zu nehmen von dem kürzlich gefällten Schlichtungsbericht über die Lohnabmachungen dieser Branche. Nach-Beitrag ging auf die Schaffung des Reichstaxi sowie auf die Lage im Gewerbe ein und berichtete dann über den gefällten Schlichtungsbericht. Dieser löste bei den anwesenden Kollegen keine Befriedigung aus; es wurde stattdessen die Abrechnung verlangt. Man konnte es nicht verstehen, daß etwas derartiges zustande kommen kann. Die Erregung der Herforder Kartonnagenarbeiter-Gewerkschaft ist wohl begründet. Während auf der einen Seite die Herforder Kartonnagenfabrikanten es verstanden haben, durch Umstellung der Betriebe ganz nette Gewinne für sich einzubehalten, werden die Arbeiter weiterhin mit Hungerlöhnen abgefunden. Wenn man weiter bedenkt, daß der ganze Reichstaxi für das Kartonnagen-Gewerbe in unserem Bezirk mehr zum Nachteil als zum Vorteil war, dann kann man wohl die Erregung im hiesigen Bezirk verstehen. Was soll man gefahren? So kann und darf es nicht weitergehen. Soll die Arbeiter-Gewerkschaft nicht wieder zur Selbsthilfe greifen, dann muß es für die Zukunft anders werden. Die Stimmung im hiesigen Bezirk ist nicht für einen derartigen Reichstaxi, der uns immer mehr ins Elend führt. Von der Kollegenschaft erwarten wir, daß sie sich nun erst recht in der Organisation fest und geschlossen zusammenschließt, denn nur in der Einigkeit und Geschlossenheit liegt auch für die Zukunft unsere Stärke.

Leipzig. Eine Branchenversammlung der Leipziger Briefumschlagarbeiter-Gewerkschaft am 28. Januar d. J. nahm den Bericht von den Verhandlungen in Berlin entgegen. Kollege Thahelm erläuterte ausführlich die Schwierigkeiten, die sich dem diesmaligen Abschluß eines Lohnabkommens entgegenstellten, da die Unternehmer anfangs überhaupt jede Lohnerhöhung ablehnten. Das erstete Restitut ist nur dürftig, man müsse aber dabei den Beschäftigten, insbesondere den der Buchbinderei, mit in Berücksichtigung ziehen.

In der Diskussion kam dann auch die Angelegenheit über die Unzulänglichkeit der neuen Zulagen zum Ausdruck. Man gab der Meinung Ausdruck, daß bei gesonderten Verhandlungen mit den Briefumschlagfabrikanten infolge des guten Geschäftsganges das Resultat sicher ein besseres geworden wäre. Demgegenüber verwies man auf den einseitigen Tarif, der die eine Branche verpflichtet, der anderen gegenüber so liberal zu handeln, da vielmehr die Buchbinderbranche sonst diesmal noch schlechter abgeschnitten haben würde, was bei den andern je nach den Konjunkturverhältnissen dann in Zukunft auch in Erscheinung treten könnte.

Ein Antrag, die festen Zulagen für die Arbeiterinnen proportional auf die Akkordpreise zu berechnen, wurde abgelehnt und Beibehaltung der festen Sätze beschlossen.

Die Neuwahl der Branchenkommision und des Tarifschlichtungsgerichtes ergab bis auf einen Kollegen, der freiwillig ausstieg, die Wiederwahl der alten Vertreter. Durch einen Kollegen wurde die Kommission noch verstärkt. Als Obmann der Branche wurde Kollege Runge, als Branchensekretär Kollege Thahelm bestimmt.

Leipzig. Die Eltis- und Kartonnagenarbeiter-Gewerkschaft nahm in einer auf besuchten Branchenversammlung am 1. Februar d. J. Stellung zu den Verhandlungen in Berlin und zu dem in Leipzig gefällten Schlichtungsbericht. Thahelm entwarf ein Bild von dem Starren, den die Unternehmer jeder Lohnerhöhung entgegenstellten. Nach Schluß der Verhandlungen in Berlin habe sich sofort die hiesige Branchenkommision mit der gegebenen Situation beschäftigt und beschlossen, sogleich unter Ausnutzung aller gewerkschaftlichen Machtmittel vorzugehen. Durch Fällung des Schlichtungsberichtes, der für beide Teile verbindlich ist, mußte aber von weiteren Maßnahmen Abstand genommen werden. So dürfte der Schlichtungsbericht auch sei, so gelte es, sich damit abzu-

finden und das Putoer für das nächste mal trocken zu haben.

Die Diskussion war äußerst reger und brachte in leidenschaftlichen und drastischen Worten die Unzufriedenheit über den gefällten Schiedsspruch zum Ausdruck, dem unsere Vertreter nicht hätten zustimmen sollen. Die Verlesung der Branchenanträge machte, veranlaßt durch die niedrigen Löhne, riesige Fortschritte, dem unbedingt Einhalt geboten werden müßte. Wenn die Unternehmer bei zukünftigen Verhandlungen nicht mehr Entgegenkommen zeigten, müßten sie durch den Kampf dazu gezwungen werden.

Die Branchenausschüsse wurden teilweise durch neue Vertreter ersetzt und besteht aus zwei Vertretern der Guts- und fünf Vertretern der Kartonnagenbranche. Die Besitzer zum Tarifschiedsgericht wurden für das laufende Jahr wiedergewählt, außerdem einige Ergänzungsleute dazugewählt. Als Branchenvorsitzender fungiert Kollege Wier und als Branchensekretär Kollege Thalheim.

Mit einem Appell an die Versammlung, in allen Betrieben Arbeitsberatungskommissionen zu bestimmen und die laufenden Beiträge für den Posthauswiederaufbau pünktlich zu entrichten, da diese sonst von der Postunterstützung in Abzug gebracht werden müßten, wurde die Versammlung geschlossen.

Leipzig. Die am 27. Januar stattgefundene, stark besuchte Versammlung der Buchbinder-, Kontoführer-, und Briefumschlagbranche hatte folgende Tagesordnung: 1. Bericht über die Berliner Lohnverhandlungen vom 19. Januar. 2. Verschiedenes. Auf Abänderung der Tagesordnung ging ein Antrag ein, als zweiten Punkt den offenen Brief der B.R.B.D. zu behandeln. Nach einem für und wider verfaßten Antrag mit großer Mehrheit der Ablehnung. Unter lebhaftem Widerspruch eines Teiles der Versammelten, welche die Ablehnung anzweifeln, wurde in die unveränderte Tagesordnung eingetreten und gab Thalheim Bericht von den Berliner Verhandlungen. In der Diskussion darüber geistete Wolf scharf das Verhalten der Unternehmer, ganz besonders im Hinblick auf die nunmehrigen Zuschläge. Je nach dem Grad der Konjunktur hätten es die Unternehmer verstanden, die Zuschläge einmal in feste und monatliche zu legen, um sie dann wieder anteilig der geleisteten Arbeit zu verrechnen. Von einem Ergebnis könne für die hiesige Kollegenchaft keine Rede sein. Trotzdem stehe es ihm fern, dem Leipziger Vertreter einen Vorwurf zu machen. Für ihn sei es klar: eine einzelne Gewerkschaft sei eben nicht in der Lage, durch Verhandlungen der Arbeiterschaft wesentliche ökonomische Besserungen zu bringen. Dies sei nur zu erwarten von einer geschlossenen kampfbereiten Arbeiterschaft. Hagemann erklärt sich mit dem Abkommen einverstanden, weil gar nicht mehr zu erreichen sei. Die Ergebnisse von Verhandlungen werden immer unzulänglich bleiben, bis schließlich vielmehr einmal das Existenzminimum erreicht würde. Damit sei der Arbeiterschaft weder ermöglicht, noch könne eine bezwungene Taktik die völlige Berechtigung der Arbeiterschaft aufhalten. Neben seinen weiteren sehr weit ausholenden politischen Ausführungen verurteilt er gleichfalls die jetzige Taktik der Gewerkschaften und richtet seine Kritik besonders gegen die Gewerkschaftsstellungen. Mit der jetzigen Taktik müsse unbedingt gebrochen werden. Nicht nur Branchen oder einzelne Gewerkschaften seien in den Kampf zu führen, sondern bezugsweise die allgemeine Arbeiterschaft. Das beste natürlich ein Aufgeben der Selbständigkeit der einzelnen Gewerkschaften voraus. Zusammenstoß der Arbeiterschaft zu einer Einheitsfront sei das Gebot der Stunde, um dann mit großen politischen Zielen und Führern den Endkampf zwischen Kapital und Arbeit zu vollziehen. Welche ermahnte dem Vorredner, daß nicht wir, sondern die Buchdrucker der Hemmschub seien in bezug auf Herstellung einer Einheitsfront der Arbeiterschaft. Soweit die graphischen Berufe in Frage kommen, werde vom Buchbinderverband schon seit Jahren die Gründung eines Industrierverbandes angestrebt. Jedoch seien die Verhältnisse eben stärker als unsere Wünsche. Nach unvollständigen Ausführungen anderer Kollegen geht Thalheim in seinem Schlusswort auf die allgemeinen Einwendungen zu seinem Bericht ein, er beschloß sich im besonderen mit den Anschauungen Hagemanns und folgender, inzwischen eingegangenen Resolution:

1. Die am 27. Januar versammelten Angehörigen des Buchbinderverbandes erkennen die Notwendigkeit einer geschlossenen Front aller Arbeiter zur gemeinsamen Hebung des Existenzminimums.
2. Sie heißen sich daher auf den Boden der im offenen Schreiben der B.R.B.D. gegebenen Aktionsmöglichkeit und fordern von ihrer Organisation sofort die Einleitung der Verhandlungen mit dem Zentralvorstand.
3. Die Organisation hat dahin zu wirken, daß umgehend eine klare Beschließung des gesamten

Buchbinderverbandes erzielt wird. Zur Unterstützung der Propagandearbeit fordert die Versammlung eine besondere Berichterstattung und deren Veröffentlichung in der „Buchbinder-“ und „Wolfszeitung“.

Thalheim erklärt: Was die politischen Ausführungen Hagemanns betreffen, so habe er durchaus nichts Neues gesagt. Das seien schon seit Jahrzehnten vertretene Forderungen und Lehen der Sozialdemokratie. Wesentlich anders seien die Ausführungen in bezug auf die geübte Kritik an den Gewerkschaften zu bewerten, und die von Hagemann den Gewerkschaften empfohlene Taktik. Diese lasse sich nie auf bestimmte Zeit im voraus festlegen. Da die Verhältnisse in den einzelnen Industrien so verschiedenartig liegen, ist eine Verbindung der Aktionen verschiedener Branchen nur in besonderen Fällen möglich. Um den Erfolg zu sichern, seien die Bedingungen des Arbeitsmarktes und das Kräfteverhältnis der beiden Gegner zu prüfen und darauf der Zeitpunkt des Losschlages festzusetzen. Eine schematische Verbindung aller Kämpfe sei nicht nur ein Spiel mit der Egoizenz der Gewerkschaften, sondern könne auch zu unabwehrbaren Opfern der Arbeiterschaft führen, welche jetzt zu bringen nicht der geeignete Moment sei. Er lehne die kommunistische Taktik ab. Diese habe bisher in keiner Weise befruchtend für die Arbeiterschaft gewirkt, und sei nur geeignet gewesen, Verwirrung in die noch ungeheilten Kräfte der Arbeiter zu tragen und habe somit der Sache des Sozialismus geschadet. Was die hiesige Zeitung anbelange, so sei von ihr oft genug der Kollegenchaft gesagt worden, nie ihr ganzes Heil von der Gewerkschaft zu erwarten. Mit Nachdruck seien der Kollegenchaft die Wege gewiesen worden, sich geistig und politisch fortzuentwickeln, zu organisieren und zu betätigen. Er bitte die Resolution Leonhardt abzulehnen. Die Abstimmung erfolgte lahmweise. Die schon stark gestrichelte Versammlung entschied sich für den ersten und dritten Satz mit Mehrheit, während der zweite, also wesentliche, Satz gegen eine starke Minorität abgelehnt wurde.

Mannheim-Ludwigshafen. In unserer Generalversammlung vom 29. Januar konnte der Massenbericht infolge Nichtabnehmens der Ludwigshafener Kollegen nicht gegeben werden. Den Geschäftsbericht gab Bauer. Er strichte zunächst die allgemeine Wirtschaftslage unseres Berufes hier in Mannheim und ging dann zu den einzelnen Branchen über. In der Kartonnagenbranche, der schlechtbezahltesten unseres Berufes, kam es Anfang Februar 1920 zu erfolgreichem Streiks bei den Firmen Hirschland, Rad und Schuck. Am 1. April trat der Reichstarif in Kraft, der im allgemeinen auch durchgeführt wurde, bis auf die Anfangsfirmen Schödt und Müller, deren Löhne 40 bis 60 Proz. unter Tarif waren. Dort kam es Ende Dezember zum Streik, nach Annäherung des Schlichtungsausschusses wurde auch hier der Reichstarif eingeführt. In den Buchbindereien, in denen nur 5-6 Kolleginnen und Kollegen stehen, wurde der Reichstarif ebenfalls eingeführt. In den Buchdruckereien sind 90 Proz. der Kollegen und 30 Proz. der Kolleginnen beschäftigt. Dort wurden im Laufe des Jahres 7 Lernerzugszulagen gewährt. Bemühungen zur Einführung des Reichstarifes der Buchdrucker bzw. der Mitarbeiter auch für Buchbinder und Buchbinderearlebeiterinnen sind noch nicht zum Abschluß gekommen. Am 1. Juli fand die Wahlenvereinbarung der Jahrestellen Mannheim und Ludwigshafen statt. Am Schluß seines Berichtes rügte Bauer die Inversibilität der Mitglieder an Verhandlungen und die tatsächliche Beteiligung an der Urabstimmung, bei der nur 30 Proz. der Kollegenchaft abgestimmt hat. Der Mitgliederstand am Jahreschluß beträgt in Mannheim 96 männliche und 130 weibliche und in Ludwigshafen 45 männliche und 22 weibliche Mitglieder. Die Neuwahl des Vorstandes ergab: 1. Vorsitzender Aman, 2. Vorsitzender Müller, 1. Kassierer Stödel, 2. Kassierer Ariener, 1. Schriftführer Bou, 2. Schriftführer Am; Bekhler Gentrer und Haag und Kollegin Ströhnger; Gewerkschaftsbelegierte Scheuring und Bessers; Redatoren Schmidt und Faust. Zum Schluß der Versammlung wurde dem landesweiten Vorsitzenden Bauer für seine erfolgreiche Tätigkeit im Interesse der Mitglieder der Dank der Jubelstunde ausgesprochen.

Wiesbaden. Unsere am 27. Januar stattgefundene Jahresversammlung war feierlich, wie die meisten vorherigen Versammlungen, nicht einmal von einem Bericht der hiesigen Mitglieder besetzt. Nach Eintritt in die Tagesordnung gab zunächst der Vorsitzende Jahr einen kurzen Bericht seiner Tätigkeit. Alsdann erstattete der Kassierer Wolfbinder den Massenbericht vom vierten Quartal und anschließend den Bericht über unsere Weihnachtserlöse. Die Abrechnung von derselben ergab einen Ueberschuß von rund 1000 Mk., was von allen freudig zur Kenntnis genommen wurde. Trotzdem wurde festgesetzt, daß ein großer Teil der Mitglieder durch Abwesenheit gänzlich. Man läuft nach zu viel den bürgertlichen

Alimentverehren nach, eukalt die Feide seiner Klassenossen zu unterstehen. Die von den Redatoren beantragte Entlassung wurde dem Kassierer erteilt. Die Neuwahl der Ortsverwaltung ergab deren einstimmige Wiederwahl, mit Ausnahme des ersten Vorsitzenden. An dessen Stelle wurde der frühere Vorsitzende Kratt wiedergewählt. Möge nun endlich einmal die Kollegenchaft ihren alten Schatzbriem ablegen und den neuen Vorstand tatkräftig unterstützen, damit es ihm möglich ist, die uns bevorstehenden Aufgaben zur Zufriedenheit der Mitglieder zu lösen. Vor allen Dingen wird erwartet, daß unsere Berammlungen in Zukunft besser besucht werden.

Wurzen. Unsere am 22. Januar stattgefundene Generalversammlung war nicht so besucht, wie es eigentlich hätte sein sollen. Es gibt eben einen Teil unserer Mitglieder, die immer durch Abwesenheit fernbleiben, dafür aber um so mehr schimpfen und kritizieren, wenn etwas nicht nach ihren Wünschen ausgefallen ist, hauptsächlich bei Lohnbewegungen, oft auch bei sehr kritischen Sachen. Aus dem Geschäfts- und Massenbericht war zu ersehen, daß wir ein arbeitsreiches Jahr hinter uns haben. Der Massenbericht schloß mit 24 702,00 Mk. Einnahmen und 3390,00 Mk. Ausgaben ab. Die Neuwahl ergab die Wiederwahl der bis jetzt tätig gewesenenen Funktionäre bis auf einige Veränderungen. Nur die Kollegenchaft der Firma Kramer bereitet in dieser Hinsicht immer Schwierigkeiten. Dies ist ja nur zu ihrem eigenen Schaden. Scharf gerügt wurde auch, daß bei dieser Firma noch Kolleginnen Männerarbeit verrichten. Beht deren menschliches Gefühl nicht so weit, daß diese Kolleginnen freiwillig zurücktreten zugunsten unserer Arbeitlosen? Unsere Heimarbeitler werden in nächster Zeit ebenfalls dem Verbande zugeführt werden müssen. Diese gehen ja dieselben Vorteile wie die Kollegenchaft in den Betrieben. Die Agitationskommission ist nach dieser Seite hin auf dem besten Wege und wir werden unseren Mitgliederstand in Kürze auf über 600 Mitglieder erhöhen. Nach Beledigung der reichhaltigen Tagesordnung fand die sehr anregende Versammlung nach dreistündiger Dauer ihr Ende. Kolleginnen und Kollegen, legt eure Laubert und persönlichen Differenzen beiseite. Unterstützt die Veranstaltungen eurer Jubelstunde. Denkt nicht etwa, die Lohnhöhungen sind euch freiwillig in den Schoß gelegt worden. Bereinzelt seid ihr nichts, — geschlossen eine Macht!

Rundschau.

Der französische Gewerkschaftsverband gegen die Mostauer. Die Confédération Générale du Travail hat nach der Spaltung in der sozialistischen Partei einen Aufruf an die französischen Arbeiter gerichtet, worin erklärt wird, die kommunistische Fraktion habe durch ihre sügammne Annahme der Mostauer Bedingungen gezeigt, daß sie denbeständige, ihr Zerstörungswert auf die gewerkschaftliche Internationale auszuzeichnen, die 27 Millionen Arbeiter umfasse. Es sei daher eine gebieterische Pflicht, sich gegen dieses System zu wenden, das in so vielen Ländern zu einer Schwächung der Arbeiterorganisationen geführt habe. Der Allgemeine Arbeitsverband möge die Verantwortung für diese Spaltung auf die ab, die die Mostauer Bedingungen angenommen haben. Die französischen Arbeiter wollen sich in ihren Gewerkschaften durch Formeln wieder beruhigen nach einzuweisen lassen. Schließlich appelliert der Aufruf an die Arbeiterklasse, das vom Allgemeinen Arbeitsverband eingeleitete Werk fortzusetzen, da das Gewerkschaftswesen die stärkste Kampfmacht der Arbeiterklasse gegenüber der Fraktion bleibe, die sie pressen und beherrschen wolle.

Die Weltkriege. Die Weltwirtschaftskrise hat ihren Höhepunkt noch nicht erreicht, das Maß der Leiden des Proletariats, verursacht durch die wachsenden inneren Widersprüche der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, ist noch nicht voll. Die schwere Depression auf dem Baumwollmarkt, die in Deutschland noch immer nicht in den Breiten der Volkswirtschaft zum Ausdruck kommt, veranlaßt die Baumwollspinnereien von Lancashire (England), die 24-Stunden-Arbeitswoche einzuführen. Von dieser Maßnahme werden 100 000 Arbeiter betroffen. Die ägyptischen Spinnereien arbeiten seit einem Monat mit höchstbeschränkter Arbeitszeit, auch die Webereien haben ihren Betrieb eingeschränkt und Arbeiterentlassungen vorgenommen. In Frankreich haben zahlreiche Glasstätten ihren Betrieb stillgelegt oder stehen knapp vor der Stilllegung. Als Grund wird außer der Absatzkrise auch Kohlenmangel angegeben. — Man ersieht auch aus dieser Meldung, daß es mit dem angeblichen Kohlenüberschuß nicht gar so weit her ist. Auch die Schwermetallindustrie Frankreichs ist von der Krise schwer betroffen. Im Westen von Longwy wurden bereits einige Höchsten stillgelegt, die Preise wurden erheblich herabgesetzt, aber die erwartete Belebung des Marktes bleibt noch immer aus. Da es den belgischen Schwermetallindu-

strießen nicht besser geht, ist die zwischen den französischen, belgischen und luxemburgischen Roheisenproduzenten abgeschlossene Preisconvention aufgenommen, bevor sie noch in Kraft getreten war. Wie gering die Rückwirkung des Sturzes der Weltmarktpreise auf die deutschen Warenpreise ist, zeigt eine Zusammenstellung der Kupferpreise. In New York fiel der Kupferpreis für ein amerikanisches Pfund von 19 Cents im Mai 1920 auf 13 1/2 Cents, womit er den Friedenspreis von 13 Cents fast erreicht hat. Auch in London fiel der Preis für eine englische Tonne von 108 auf 78 Pfund Sterling, der Friedenspreis stellte sich auf 56 1/2 Pfund Sterling. In Berlin hingegen stieg der Preis in der gleichen Zeit von 1609 auf 2190 M. für 100 Kilogramm, während vor dem Kriege 113 1/2 M. gezahlt wurden. Allerdings hat sich die deutsche Valuta im gleichen Zeitraum wesentlich verschlechtert. Auch in den übrigen mitteleuropäischen Ländern ist keine Rückwirkung des Sturzes der Weltmarktpreise zu verspüren.

Abrechnungen

vom 4. Quartal 1921 gingen weiter bis zum 7. Februar bei der Verbandskasse ein von:

Gau 1/3 = 3030,— M., Bernau 2000,— M., Guben 700,— M., Kottbus 2500,— M., Königsberg 4500,— M., Tilsit — M., Osterwied a. S. 550,— M., Wittenberg 1000,— M., Gau 6/7 = 9000,— M., Hamburg-Altona 12 465,60 M., Bielefeld 8000,— M., Arnstadt 694,— M., Jümenau — M., Gau 10 = 10 172,85 M., Barmen-Eberfeld 18 900,— M., Bochum 1300,— M., Düsseldorf 7500,— M., Münster i. W. 349,— M., Rewied 2784,01 M., Ohligs 300,— M., Wiesdorf 991,30 M., Frankfurt am Main-Offenbach 10 300,— M., Mainz 2700,— M., Gau 12 = 6700,42 M., Burgstädt — M., Chemnitz 11 452,55 M., Grimmitzschau 3500,— M., Werbau i. Sa. — M., Göttingen 5500,— M., Reutlingen 1000,— M., Bayreuth — M.

Adressenänderungen.

B.: Bevollmächtigter. K.: Kassierer.

Donn. B.: P. Plappert, Godesberg, Rohrenstraße 5. K.: O. Riffets, Maxstr. 32 I.

Dortmund. B.: P. Sperling, Kaiserstr. 15a. K.: A. Rütte, Kofeggerstr. 62 pt.

Düsseldorf. B.: H. Rothe, Bismannstr. 24. K.: P. Berger, Krabestr. 13 II.

Flensburg. B.: V. Peterfen, Jürgenstr. 7 I. K.: W. Licht, Löpferstr. 7.

Krefeld. B.: H. Holz, Krefeld-Bochum, Dorfstraße 16. K.: E. Lehmann, Alte Binnerstr. 124.

Mannheim-Ludwigsbasen. B.: Fr. Amann, Mannheim O. 4. 16. K.: D. Stödel, Mannheim, Schwelinger Str. 128, Seitenbau I. 5. St.

Neuruppin. B.: E. Nagel, Karstr. 18. K.: G. Kleiner, Am Neuen Markt 5.

Seiffenhersdorf i. Sa. B.: P. Rothe, Nr. 625. K.: Hedwig Wilhelm.

Tilsit. B.: W. Balschweit, Orabenstr. 8. K.: Fr. Schläff, Roltzstr. 26.

Abrechnung

über die Bewegung in der Zahlstelle Düsseldorf in der Zeit vom 26. November bis 18. Dezember 1920.

Einnahmen:	
Aus der Zentralkasse	5000,— M.
Von den Mitgliedsbeiträgen	2271,75 "
Aus der Lokalkasse	2424,80 "
Gefammelt	1910,— "
Summa	11606,55 M.
Ausgaben:	
An Unterführung:	
47 Kolleginnen u 2 Kinder	3152,— M.
16 verh. Kolleg. u. 23 Kind.	2161,75 "
19 led. "	1968,— "
1113,10 "	
Gef.-Ausgabe d. Verb.-Kasse	7271,75 M.
" " " " " " " "	4334,80 "
Summa	11606,55 M.

Düsseldorf, den 26. Januar 1921.

Otto Malirich, Kassierer.

Für die Richtigkeit:
Hans Rothe, l. Vorhändler.
Ruth Wehner, l. Revisor.
Kurt Heßler, II. Revisor.

Abrechnung

über den Streit der Kartonnager in Tübingen vom 23. November 1920 bis 11. Dezember 1920.

Einnahmen:		
Aus der Zentralkasse	28461,70 M.	
" " Lokalkasse	6868,25 "	
Summa	34914,95 M.	
Ausgaben:		
Zentralkasse	Lokalkasse	
An 36 verheiratete Kollegen	5164,— M.	868,50 M.
" 65 ledige " "	7547,70 "	1867,75 "
" 218 Kolleginnen	14020,75 "	3387,25 "
" 67 Kinder	890,25 "	279,75 "
Summa	28461,70 M.	5858,25 M.

Franz Huber-Winter, Kassierer.
Christian Stram, Revisor.
Martin Dunsbacher, Revhor.

Literarisches.

Eine führende Zeitschrift auf dem Gebiet des Schlichtungswesens. Unter dem Namen "Das Schlichtungswesen" wird monatlich ab 15. Januar in Stuttgart eine Zeitschrift herausgegeben, die es sich zur Aufgabe macht, ihre Leser durch gemeinverständliche Abhandlungen aus fachmännischer Feder über wichtige Fragen des Schlichtungswesens, sowie durch Veröffentlichung sämtlicher Schlichtungs- und Entschuldigungsbeschlüsse von grundsätzlicher Bedeutung über die

Spruchpraxis der Schlichtungsbehörden aufzuklären. Die Zeitschrift will dadurch jedem Interessenten ein wertvolles Mittel an die Hand geben, sich über die etwaigen Ausichten einer Streitigkeit vor dem Schlichtungsausschuss selbst zu unterrichten, und kann bei jeder Postanfrage zum Preise von 6 M. für das Vierteljahr bezogen werden. Es hat schon bisher eine Anzahl von Zeitschriften gegeben, die sich auf dem gleichen Gebiet erfolgreich betätigt und zu einer wertvollen Belehrung der Organisationsvertreter und sonstiger interessierter Personen beigetragen haben. Vom Schlichtungsausschuss Groß-Berlin, von den Schlichtungsausschüssen im rheinisch-westfälischen Industriegebiet und von denjenigen in der Provinz Schleswig wurde je ein besonderes Mitteilungsblatt herausgegeben. Auch die württembergischen Schlichtungsausschüsse haben dies bisher getan. Obwohl sich alle diese vier Zeitschriften grundsätzlich der Veröffentlichung von bedeutsamen Schlichtungsbeschlüssen nicht verschlossen haben, die außerhalb der örtlichen Berichtstätigkeit des Blattes lagen, so brachte es doch der Mangel an einer einheitlichen Organisation der Schlichtungsausschüsse dahin, daß die Bedeutung des einzelnen Blattes im allgemeinen nicht über eine gewisse lokale Sphäre hinausreichte. Um diesem abzuweichen und um zugleich eine Zeitschrift unter tunlichster Ausschaltung sachlicher und örtlicher Beschränkung zu schaffen, haben sich unlängst die Schlichtungsausschüsse von Bayern, Württemberg, Baden und Hessen angeschlossen, an Stelle des württembergischen Mitteilungsblattes unter dem erwähnten Namen gemeinsam ein Organ mit großzügigen Zielen herauszugeben, das nunmehr der Öffentlichkeit übergeben worden ist. Wie es mitgeteilt wird, können von der Geschäftsstelle der Zeitschrift, Stuttgart, Königsstr. 18, Probenummern der Zeitschrift unentgeltlich bezogen werden.

Anzeigen

Gelenkheftspalten in Buchbinderriemen (dunkelgrau)
70—72 cm br. & Meter 9,20 M.
62—65 cm " " 8,40
Bei Abnahme von 100 Meter u. mehr p. Meter 20 Pfg. billiger.
Probefalte nicht unt. 20 Meter.
Verband nach Nachr. oder Porto.
Arth. Zehrer, Halle a. S.,
Breslauer Str. 2.

Niederhein.
Bestellungsliste für die Abrechnung nimmt noch

Vertretung
leistungsfähiger Rabatten in Tafelreihen, Buchbinder- und Druckereibedarfsartikel. Angeb. unter „J 241“ a. d. Ann.-Exp. D. Schürmann, Düsseldorf.

Etuismacher
auf Etalagen u. bessere Etuis mögl. Vergolder als erste Kraft nach Frankfurt a. M. i. dauernde Stellung gesucht. Offert. unt. „J. B. 26“ an die Expedition dieser Zeitung.

Verbandmitglieder!
Schließt nur Versicherungen ab bei der

Volksfürsorge
Gewerkschaft Genossenschaftl. Versicherungs-Aktiengesellschaft.
Hamburg 5.

la reine Ederleimgallerte
ca. 50 Proz. Trockengehalt.
völlig geruchlos, liefert äußerst preiswert
Chem. Fabrik Otto Schulz, Brandis, Bez. Leipzig.



Zeilschuldverschreibungen

der Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Consumvereine m. b. H., Hamburg
Jederzeit erhältlich in Stücken zu 500, 1000, 5000 und 10000 Mark

Berzinsung im Jahr

5 1/2 %

Gedruckte Bedingungen sind in allen Consumvereinen zu haben oder abzufordern bei der
Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Consumvereine m. b. H., Hamburg 1, Besenbinderhof 52